

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werksfähigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Jahrgang Nr. 24.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepostete Zeitschrift oder deren Raum 25 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 103.

Donnerstag, den 3. Mai 1917.

24. Jahrg.

## Sie sind und werden keine Landesverräter!

Offener Brief an Herrn Generalleutnant Groener.

Erzellenz!

Ganz Deutschland ist mit Ihnen einig, wenn Sie in Ihren frischen und lebendigen Rundgebungen zu den Streikern der Berliner und Leipziger Rüstungsarbeiter den einen Grund immer wieder in die vorderste Reihe stellen: Wir müssen uns gegen die Wut unserer Kriegsgegner behaupten und brauchen dazu rastlose und ungehörte Rüstungsarbeit. Ich füge sogar hinzu: wenn wir das nicht fertig bringen, sind alle unsere heißen Friedenswünsche wirkungslos. Das ist klar, daß es auch die sieben bis acht Millionen deutscher Kriegsarbeiter und -arbeiterinnen wissen oder instinktiv fühlen, von denen nur etwa 350 000 insgesamt in einigen Großstädten gestreift haben, weil sie in ihrer leidenschaftlichen Erregung nach einem kürzeren Wege zum Schluß des furchterlichen Krieges hatten und tasten. In ihrer großen Gemeinsamkeit sind und werden sie keine Landesverräter!

Aber Sie irren, Erzellenz, wenn Sie bei der energischen Verurteilung der Streiks zu dem Mittel greifen, zu trennen zwischen berechtigter wirtschaftlicher und unberechtigter politischer Bewegung der deutschen Arbeiter. Die wirtschaftliche erklären Sie, zu verstehen, und Sie schaffen für sie Beschwerdefunktionen in den Rüstungsbetrieben. Politische Ziele dagegen verurteilen Sie in den schärfsten Ausdrücken und erklären ihnen den inneren Krieg. Das ist ein Rückfall in patriarchalische Zeiten und eine Methode, die vielleicht dazu führt, die nunmehr wieder eingetretene Ruhe aufs neue zu gefährden. Auch im bedrohten Deutschland gibt es keine wirtschaftliche Volksbewegung, die nicht zugleich politische wäre, und keine politische, die nicht zugleich wirtschaftlich wäre! Die Berechtigung einer Arbeiterbewegung aus wirtschaftlichen Gründen behaupten Sie, Erzellenz, auch in der jetzigen Kriegslage. Sie schufen deshalb durch eine rasch entschlossene Betriebspolitik mit den neuen Ausschüssen sofort ein Verfassungsorgan im kleinen für die Nahrungsnotbeschwerden. Jetzt fragt es sich, ob Ihre politischen Ketteln in der Reichsleitung nicht klug tun, ebenso rasch und entschlußkräftig weitere, höhere und bessere Verfassungsorgane zur sachgemäßen gründlichen Erledigung wirtschaftlicher und sozialer Volksbeschwerden einzurichten. Die große Mehrheit des deutschen Volkes bejaht diese politische, aus wirtschaftlichen Gründen herausgewachsene Frage und wünscht sie vom Reichstanzler ebenso schnell wie gründlich beantwortet, als Sie dies für Ihr Ressort getan haben. Die Entschiedenheit des inneren Reformwillens darf der Entschiedenheit in der Behauptung der Heimatverteidigung nichts, gar nichts nachgeben!

Die Ernährungsschwierigkeiten, soweit sie auf der höchst ungleichmäßigen Verteilung beruhen, die Ihnen die Gewerkschaftsverbände soeben wieder absolut zureichend schildern, sind nämlich in ganz hervorragendem Maße zugleich Verfassungsfragen. Weil in der Gemeinde- und Kreisverfassung ganz Deutschlands, vornehmlich aber Preußens, auf dem platten Lande fast ausschließlich das Besitz- und Produzentenelement herrscht, können sich in den weiten ländlichen Versorgungsbezirken unserer Heimat die Organe der Eigenmacht und Gewinnsucht abspielen, die Ihnen richtig dargelegt werden. Und ebenso scheuen sich viele Stadtverwaltungen, den Schmuggelhandel und Schmuggelverbrauch der reichen Klassen zu unterbinden und die von ihm erfassten Lebensmittel den arbeitenden Massen zuzuführen, weil in den ländlichen Verwaltungskörpern die großen Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenminderheiten in der großen Minderheit sind. Deshalb scheinen schon dem gewöhnlichen Manne auch die Ernährungsschwierigkeiten als durch politische Fragen, wie er ja auch schon wußte, daß infolge der Zollpolitik jeder Löffel Suppe, den er aß, und jeder Nagel, den er einschlug, politisch beeinflusst war.

Deshalb ist es aber auch so wirkungslos für den großen und entscheidenden Zweck der Heimatverteidigung, den wir alle mit der äußersten Kraftanstrengung anstreben, Erzellenz, die politischen Wünsche der deutschen Massen überhaupt auszusprechen zu wollen. Diese Wünsche drängen sich genau so auf, wie die berechtigten wirtschaftlichen, ja sie sind ihre notwendige Folge. Genau so und noch mehr bei den großen Verfassungsfragen des Reiches und Preußens, dem parlamentarischen System, der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und der preussischen Wahlreform. Mit dem parlamentarischen System sollen endlich die Verfassungskämpfer der Parlamentsmehrheiten an die verantwortlichen Stellen treten und Arbeitsmehrheiten herstellen, die möglichst reibungslos mit der Regierung zusammenhängen, gerade auch in wirtschaftlichen Daseinsfragen. Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise soll der industriellen Bevölkerung gegen die verjährte Uebermacht des platten Landes zur Geltung verhelfen; derselben gewerblichen Bevölkerung, an die Sie sich mit so warmherzigen Worten wegen ihrer notwendigen Versorgung durch das platte Land wenden. Die preussische Wahlreform endlich soll die Gleichheit der Landesverteidigungspflicht bis zum Tode auf das Wahlrecht für das Parlament des größten und maßgebenden deutschen Bundesstaates übertragen. Fühlen Sie nicht,

Erzellenz, wie sich das Gewicht Ihrer berechneten Hinweise auf die unter den gleichen Todesbedingungen draußen kämpfenden Heldenscharen für die Heimat und ihrer Arbeit ver-hundertfachen, wenn hier endlich die gleichen Rechte neben die gleichen Pflichten gestellt würden?

Alles das ist politisch, hochpolitisch, keine „Drahtzieherei“! Gerade weil wir es mit anderen Mitteln als Rüstungsstreiks zu erreichen hoffen müssen, im Interesse unserer Rüstungen und für unsere Stellung im Ausland, gerade deshalb darf man es nicht bei der bloßen politischen Verneinung bewenden lassen, sondern steht vor der Notwendigkeit, nach den geeigneten politischen Ausdrucks- und Abhilfsmitteln, statt der verfehlten, mitzujuden. Die Arbeitsmoral in der Heimat, die Vaterlandsliebe und der höchste Aufschwung aufopfernder Begeisterung werden politisch bestimmt und getätigt und gestiftet. Der Glaube an die Gerechtigkeit der staatlichen Einrichtungen wirkt auf die wirtschaftliche, soziale und geistige Hingabe der großen Volksschichten an den Staatszweck, wie eine tiefempfundene neue Religion!

Und nun hat Deutschland gerade hier Tausenderlei gutzumachen. Das ungeliebte Sozialistengesetz wirkt heute noch in der Seele der arbeitenden Massen nach. Ebenso die Nichtbestätigung vieler Arbeiter zu Gemeinde- und Schulämtern, endlich die lange fehlende Möglichkeit des Aufstiegs selbst für fortschrittliche bürgerliche Elemente im Regierungs- und Heeresdienst. Der Kampf mit dem unverschämlichen und unbeschreiblichen Flügel des Agrarierturns ist von der Reichsregierung und dem Parlament zwar schon seit 1912 mit der damaligen ersten Reichsbesitzsteuer aufgenommen worden. In diese Entwidlung schlug aber der Krieg mit seiner Glut-hitze nach außen und seinem Burgfrieden nach innen. Seiner langen Dauer halten die Erregungen und Aufwallungen,

aber auch die Mäßigung und die Parteizurückhaltung des ersten Kampfnahes nicht stand. Jetzt will die Volksmasse bis weit in bürgerliche Kreise hinein politische Reformaten großen Stils neben und mit der Strenge der Opfer, die jedes bringen muß. Eiserne Pflichterfüllung und politische Neugeburt Deutschlands und Preußens müssen sich ergänzen, weil die erstere entscheidend beschwingt wird durch die letztere. Man spricht und raunt hier so viel von kommenden Mätereignissen. Helfen Sie mit, Erzellenz, daß sie vor allem bestehen in der politischen Einigung von Regierung und Volksmehrheit auf die Verjüngung Deutschlands durch Taten. Der Reichstag hat seinen Verfassungsausschuß geschaffen. Statt die Verhandlungen mit ihm hinauszuschieben, müßte die Reichsregierung mit der kostbaren Energie, die Sie auszeichnet, Erzellenz, seinen Zusammentritt aufs äußerste beschleunigen und mit ihm die drei großen Reformwerke vereinbaren, die ich oben skizziert habe. Das wäre geschichtlich ewige Arbeit für den Mai 1917!

In diesem Sinne unterschreibe ich Ihre Worte für die Munitionsbearbeitung wie für die Verfassungsarbeit: „Die schlimmsten Feinde stehen mitten unter uns, das sind die Kleinmüßigen. ... Ein Feigling, wer auf ihre Worte hört!“ Reichen wir uns auf die kraftvolle, rasche Tatbereitschaft für beides, für Kriegsrüstungen und innere deutsche Reformen, jenseits die Hand!

Und glauben Sie mir, der ich seit 25 Jahren die organisierten deutschen Arbeiter aus dem engsten Verkehr kenne, sie sind und werden keine Landesverräter.

Berlin, den 27. April 1917.

Erzellenz ergebenster

Dr. Max Quadt, M. d. R.

## Was geht in Rußland vor?

Aus Petersburg kommt durch die dortige Telegraphenagentur — welcher kürzlich vom Arbeiterrat seiner tendenziösen Berichterstattung wegen ein Mikroskopensortum ausgestellt wurde mit der Forderung einer Reorganisation des Bureaus — eine Nachricht, die geeignet ist, ein großes Schlagschlag auf die heute noch in der Hauptstadt herrschenden Zustände zu werfen. Die Meldung lautet:

Der ausführende Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten liegt in der Nacht zum 1. Mai folgende Rundgebungen an: „Gestern haben sich mehrere bedauerliche Zwischenfälle in der Hauptstadt ereignet. Ein junger unbekannter Mann tötete den General Kaschastanski. Auf eine Gruppe von Leuten, die politische Rundgebungen veranstalteten im Stadtviertel Wassili Dkrow wurden Schüsse abgegeben und dieselben Bomben geworfen. Einige Personen, die sich als Mitglieder des ausführenden Ausschusses ausgaben, verhafteten den Besitzer des Grundstücks, Ladynskii. Andere Unbekannte rissen Offiziere die Asfektüre ab. Freizügigkeit konnten die aufrührerischen Handlungen begehen, die geeignet sind, die russische Revolution bloßzustellen. Der ausführende Rat verurteilt sie streng und ruft alle Bürger auf, denartige Zwischenfälle zu verhindern, denn diese Handlungen erzeugen die Anarchie und zerrütten die revolutionären Kräfte.“

Eine ergänzende Nachricht aus Kopenhagen besagt:

„Eine größere Anzahl von Soldaten, die der Petersburger Garnison angehören und nach den letzten Bestimmungen des Kriegsministeriums an die Front abgehen sollten, veranstalteten lärmende Rundgebungen. In den Vororten Petersburgs wurden Bomben geworfen. Eine Anzahl Offiziere, die zur Vernunft reden wollten, wurden teils erschossen, teils mißhandelt. Auch mehrere angesehenere Bürger wurden von den Soldaten überfallen. Der Bevölkerung der Hauptstadt bemächtigte sich eine allgemeine Panik; man glaubte bereits an den Ausbruch der gärenenden Gegenrevolution gegen die jetzigen Machthaber. Die Angst legte sich erst allmählich, als die Truppen mit klingendem Spiel durch die Straßen zogen und die Demonstranten verjagten.“

Nach dieser letzteren Meldung scheinen die Unruhen darauf zurückzuführen sein, daß ein großer Teil der Soldaten der Petersburger Garnison keine Neigung hat, sich als Rationenfutter verwenden zu lassen. Ob noch tiefere Ursachen zugrunde liegen, ist aus den fargen Mitteilungen nicht zu ersehen.

## Vom Tage.

Eine Reihe im alldeutschen Fahrwasser segelnde Verbände und landwirtschaftliche Genossenschaften haben einen Aufmarsch für

einen deutschen Frieden erlassen, in dem „Entschädigungen für die ungeheuren Opfer unseres Volkes“, besserer Schutz unserer Grenzen, um unsere Seegeltung zu fördern und letzten Endes zur Erreichung der anexionistischen Pläne ein deutscher Sieg gemüht wird. Daß durch solche Forderungen der Krieg bis ins Ungemessene verlängert wird, geniert die Verfassung und Untergeordnet natürlich nicht. Man braucht sie nicht allzu ernst zu nehmen, wenn nicht das Ausland diese Forderungen als solche des deutschen Volkes ansehen würde. Und darin liegt das Gefährliche einer solchen Propaganda. Wir hatten es daher immer mehr für dringend geboten, daß der Reichstanzler nun endlich einmal mit seinen Kriegsziele herausrücken und klar und deutlich zum Ausdruck bringen würde, daß die deutsche Regierung auf Anexionen und Entschädigungen verzichtet. Damit hätte sie dem Frieden tatkräftig gedient.

Die Matzeier ist in den Ländern, wo sie durch Arbeitsruhe begangen wurde, würdig belaufen. Mithalten wurden die Forderungen nach einem baldigen Frieden erhoben. In Paris kam es zu Zusammenstößen zwischen Maidemonstranten und der Polizei.

Für den Frieden demonstrierten, wie erst jetzt bekannt wird, am 10. Februar in Buenos Aires 20 000 Personen. — Gegen die Kriegshetze protestierte der Friedensverein Norwegens in einer Eingabe an Storting und Regierung.

„Dagens Nyheter“ erinnert in einem Leitartikel daran, daß bei der letzten nordischen Ministerkonferenz in Kristiania eine Verabredung getroffen wurde, die drei nordischen Regierungen sollten erwägen, welche Schritte möglicherweise zu tun seien, um die Wiederherstellung des Friedens zu fördern. Die Blätter fragen, ob jetzt nicht der rechte Augenblick gekommen sei, wo die Minister der drei Länder in Stockholm wieder eine Zusammenkunft abhalten.

Auf der britischen Reichskonferenz, an der Vertreter der britischen Kolonien teilnehmen, wurden bei der gestrigen Eröffnung Reden gehalten, in denen u. a. der Afrikaner-General Smuts sagte:

Gerade wie wir im August 1914 keine Wahl hatten, so hätte Amerika auch keine Wahl, sofern nicht die Freiheit noch einmal in Gefahr gebracht werden sollte. Denken Sie daran, daß selbst die Seele Deutschlands vor dem Ende befreit werden sollte. Das Ende kommt. Es sind nur noch schwierige Wochen oder Monate vor uns. Der Geist der Freiheit regt keine Flügel und ein großer schöpferischer Geist herrscht noch einmal unter den Nationen in ihrer unaussprechlichen Angst. Und wenn das Ende kommt — und es kann jetzt gar nicht mehr fern sein — lassen Sie in der Stunde des Sieges uns bemühen, eine neue bessere Welt aufzubauen, die entstehen soll auf den dauernden Grundlagen der Freiheit. In meinem Leben und in meinem Lande habe ich die Freiheit untergehen sehen, was damals Tod und Sterben meines Volkes zu sein schien. Ich habe sie wieder unzerstörbar, ewig und unerblicklich ererbend gesehen.

Der Reichstag

hat am Mittwoch seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen. Präsident Kaempf sprach zunächst gegen Wilson und gab der Zuvorfrist Ausdruck, daß wir gegen eine Welt von Feinden uns behaupten werden. Es folgte der Etat des Reichshauptamts, bei dem alle Redner die modernste Kammer, nämlich die mit dem Kleingeld, scharf verurteilten. Die Regierung kündigte an, daß man die Münzen außer Kurs setzen werde, wodurch diese Schädlinge ordentlich bestraft werden sollen. Genosse Stücken rügte die Verletzung des Staatsrechts des Reichstages durch den Ankauf des Hotels Cumberland in Berlin. Schatzsekretär Graf Rosdorn entschuldigte sich mit dem allgemeinen Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 und wies darauf hin, daß ein Nachtgesetz eingereicht worden ist. Er sagte auch einen Gesetzentwurf gegen die Abwägung der Warenumschlagsteuer zu. Kommerzialrat und nationalliberale Redner forderten, daß den Feinden eine hohe Kriegsschuldigung auferlegt würde, welche unangebrachten Lebensarten Genosse Keil zurückwies, weil sie nur der jungen Friedenspartei schaden könnten.

Sein Etat des allgemeinen Pensionsfonds erkannte Genosse Hoch zwar den sozialen Geist im Kriegsministerium an, stellte aber fest, daß die Leistungen auch der dringendsten Ansprüche nicht genügen. General von Langemann konnte das nicht bestreiten, führte es aber auf Mangel an Geld zurück, obwohl Hoch schon zuvor dargelegt hatte, daß es doch gegenüber den Milliarden für den Krieg auch nicht auf die Millionen für seine Opfer ankommen könnte.

In vorgerückter Abendstunde wurde noch der Postetat in Angriff genommen. Die Beratung aber auf Donnerstag vertagt.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages befaßte sich am Mittwoch mit der Aufstellung eines Arbeitsplanes. Zunächst werden erledigt die Etats des Reichshauptamts, des Rechnungshofes, des Pensionsfonds, der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei, des Reichstages, der Verwaltung der Reichseisenbahnen, der Reichsschule, des Reichsheeres, der Marine und der Kolonialetat. Zwischenhinein werden beraten der Gesetzentwurf über Vereinfachung der Rechtspflege, die Verträge zwischen Deutschland und der Türkei, der Gebühren tarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal und endlich der Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt betreffend Schutzhaft und Belagerungszustand und außerdem der Bericht über die Ernährungsfragen. Man hofft, das ganze Arbeitspensum bis zum 16. Mai erledigen zu können, worauf die Vertagung des Reichstages eintrifft.

Heftige Geschäftsordnungsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Mittwochssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses, auf absehbare Zeit die letzte, endete mit einer äußerst erregten Geschäftsordnungsdebatte, zu der die Fortschrittler den Anlaß gaben. Sie hatten eine Interpellation über die Wahlrechtsfrage eingebracht, die den Mitgliedern des Hauses aber erst nach Erledigung der heutigen Tagesordnung bekanntgegeben wurde. Da zwischen den Parteien bereits vorher vereinbart war, einstweilen die Sitzungen auszusetzen, so liegt die Vermutung nahe, daß die Fortschrittler ihre Interpellation nur deshalb gestellt haben, weil sie wußten, daß ihre Beratung doch nicht mehr möglich ist. Nach der Geschäftsordnung muß die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden. Genosse Sittich widersprach dem Vorschlag des Präsidenten, ihm die Terminfestlegung für die nächste Sitzung zu überlassen. Er forderte, daß sofort morgen oder doch in den allernächsten Tagen eine Sitzung anberaumt wird, auf deren Tagesordnung an erster Stelle die fortschrittliche Interpellation steht. Diesem Vorschlag widersprachen nicht nur die wahlrechtsfeindlichen Parteien, sondern auch die Fortschrittler selbst zeigten wenig Geneigtheit für eine baldige Erledigung dieser Anfrage. Die Geschäftsordnungsdebatte, die etwa eine Stunde in Anspruch nahm, zeigt, zu welcher heftigen Auseinandersetzungen es bei der später zu erwartenden Wahlrechtsfrage kommen wird und wie schwere Widerstände zu überwinden sind.

Von den Gegenständen der Tagesordnung sind nur zu erwähnen der Gesetzentwurf über Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die Wasserbauarbeiten, der in allen drei Lesungen angenommen wurde, und das Wohnungsgesetz, das in dritter Lesung in der Fassung der zweiten Lesung Annahme fand. Interessant war, daß die Gegenseite gegen das Gesetz sich aus zwei ganz verschiedenen Richtungen zusammenschloß; auf der einen Seite standen die Herren vom Schutverband für deutschen Grundbesitz, die in jeder Beeinträchtigung privatrechtlicher Interessen eine schwere Gefahr wittern, auf der anderen Seite die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Die Berordnung über die Vertagung des Hauses bestimmt, daß der Landtag vom 15. Mai bis 9. Oktober vertagt wird. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß auch nach dem 15. Mai noch Sitzungen stattfinden für den Fall, daß das Wohnungsgesetz noch einmal ans Abgeordnetenhaus zurückgehen muß; andererseits besteht die Möglichkeit, daß Landtag noch vor Ablauf der Vertagung einzuberufen, wenn sämtliche Parteiführer dies wünschen.

Entschädigung für Arbeiter in den besetzten Gebieten.

Arbeiter, die von Unternehmern zu Arbeiten in den besetzten Gebieten angeworben worden sind, hatten in zahlreichen Fällen darunter zu leiden, daß sie nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus militärischen Gründen von den Militärbehörden oft noch wochenlang zurückgehalten wurden, ohne daß ihnen eine Entschädigung für die Zeit der Zurückhaltung gezahlt wurde.

Dem Abg. Schöpflin, der sich für die zum Teil recht erheblich geschädigten Leute beim Kriegsministerium verwendete, ist nun folgende, vom 26. April datierte Entscheidung zugegangen:

Um den materiellen Nachteilen zu begegnen, welche die Arbeiter in den besetzten Gebieten nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch ihre aus militärischen Gründen erforderlich gewordene Zurückhaltung erlitten haben, ist bereits am 24. 3. 17 das Kabinet in die Wege geleitet worden. Dem Herrn Generalquartiermeister sind von hier aus Richtlinien mitgeteilt worden, nach denen die Schadloshaltung durchgeführt werden soll. Da die Prüfung und endgültige Klarstellung der Erfahrungsberichte in manchen Fällen immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen wird, sind die Dienststellen angewiesen, Abschlagszahlungen in angemessenen Grenzen zu gewähren. Ferner erhalten die Antragsteller von der Dienststelle, welche die Prüfung und Befriedigung der Forderungen auszuführen hat, alsbald Nachricht über den Eingang der Gesuche.

Zur Befriedigung des Verfahrens wird es dienen, wenn die Arbeiter ihre Forderungen unmittelbar an den Generalquartiermeister im Großen Hauptquartier richten und dabei angeben:

habe dieses solbe geschlagene Volk wieder sich erheben sehen, um für die Freiheit zu kämpfen, aber nicht mehr für sich allein, sondern für die ganze Welt.

So rebet ein Mann, der es miterlebt hat, daß das tapfere Rußland durch englische Raub- und Gewaltpolitik unterjocht und unterdrückt wurde. Ob er sich seiner Worte nicht schämt?

Uebrigens greift die Friedensstimmung immer weiter um sich. Die russische Presse bietet hierfür ein interessantes Bild. Die sozialistischen Blätter „Pravda“ und „Sozialdemokrat“ (Moskau) betrachten eine Rückgewinnung Aurlands und Livlandens als Annexion russischerseits ähnlich der Moskauer „Iswestija Wperjod Soldatgroßdanin“. Diese Blätter sind aber gegen einen Sonderfrieden, von dem die große Mehrheit der russischen Sozialisten nur eine Stärkung des Imperialismus befürchtet, und den sie als schmachvoll betrachten. Während die „Kjetaja“ ihre Unzufriedenheit mit dem neuen demokratischen Friedensprogramm der Regierung kaum verbirgt, und das „Krowaja Wremja“ sagt, daß durch einen bloßen Verzicht auf Anexionen und Kontributionen die Verträge mit den Bundesgenossen schon gebrochen seien, verlangen die russischen Sozialisten, daß für den Gesamtfrieden mehr als bisher geschehe. Sogar die gemäßigte „Kobosska Gazeta“ traut der Friedensbereitschaft der eigenen Regierung nicht ganz und fordert eine ausgedehnte Friedenspropaganda im Lande, damit die russische Regierung mit den Bundesgenossen eine gemeinsame demokratische Friedensgrundlage ausarbeite. Der Arbeiter und Soldatenrat verlangt, daß die russische Regierung einen Druck auf die Bundesgenossen ausübe und die Aufstellung wirklich demokratischer Friedensbedingungen durchsetze. Auch bürgerliche Kreise schließen sich bereits diesen Forderungen an. Die „Eichowaja Niedomost“ schreibt, der Gegensatz zwischen dem freien England und dem despotischen Rußland sei zwar verschwunden, aber dafür ein noch tieferer Gegensatz zwischen dem demokratischen England und dem imperialistischen Rußland entstanden. England liege der Imperialismus im Wege. England habe nur mit Schmerzen Persien mit Rußland geteilt, ihm Konstantinopel versprochen und damit seine ganze irrationale Auslandspolitik aufgegeben. Jetzt erkläre das neue Rußland, daß es weder Persien noch Konstantinopel und die Meerengen brauche. Die Parole „Frieden um jeden Preis“ habe keinen Anklang gefunden, aber in die Parole „Krieg dem Kriege!“ müsse jetzt ein getaber, rechtscher, echter Sinn hineingelegt und die Phrasologie der alten Diplomatie gänzlich beiseite gelassen werden. Ein großer Teil der Sozialisten vertritt den Standpunkt, daß der Krieg fortgeführt werden müsse, bis die Mittelmächte ihren Verzicht auf Anexionen unabweisbar erklären. Dann erst sei eine förmliche Verständigung und ein dauernder Friede möglich.

Lenin hat nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur dem Arbeiter- und Soldatenrat, der sein Auftreten als gefährdend für die russische Freiheit hält, seinen Standpunkt mitgeteilt, angeblich ohne Erfolg.

Von den Kriegsjahresplänen.

Die Kriegsjahre.

323. Berlin, 2. Mai, abends. (Amstich.) In den Kampfzonen im Westen wechselnd harter Feuerkampf. Im Osten nichts Besonderes.

Wien, 2. Mai. (Amstich.)

Deutscher Kriegsjahresplan.

Im Räume nördlich der Dniep-Strasse wurde ein Vorstoß russischer Abteilungen reiflos abgeblieben. Sonst teilweise lebhaftere Artilleriekämpfe.

Italienischer und jüdischer Kriegsjahresplan. Die Lage ist unverändert.

Ereignisse zur See.

Am 30. April abends griffen unsere Geflügelzeuge die Hafenanlagen von Valona mit sichtbar gutem Erfolge an und setzten trotz harter Gegenwirkung vollständig zurück.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Englischer Heeresbericht vom 1. Mai. Nachts führten wir nördlich von Ypern einen erfolgreichen Vorstoß aus und machten einige wenige Gefangene. Sonst nichts Besonderes.

Zweiter englischer Bericht: Während des Monats April nahmen wir im Laufe unserer Angriffsvorbereitungen 1934 Deutsche gefangen, hiervon 28 Offiziere. Während des gleichen Zeitraumes erbeuteten wir ferner 257 Geschütze und Handbatterien, hiervon 25 Geschütze und Handbatterien schwerer Kalibers, 227 Minenwerfer und 470 Maschinengewehre. Zufur diesen von uns erbeuteten wurden noch zahlreiche feindliche Kanonen, Handbatterien und Minenwerfer durch unser Artilleriefeuer zerstört. Die Tätigkeit in der Luft war ebenfalls gut und Nacht an. In den Luftkämpfen wurden 5 deutsche Flugzeuge durch die unsrigen zum Absturz gebracht, zwei belien innerhalb unserer Linien nieder, neun andere wurden außer Gefahr gesetzt und ein zwölftes durch unser Artilleriefeuer zerstört. Neun unserer Flugzeuge wurden vernichtet.

Frankösischer Heeresbericht vom 1. Mai nachmittags: Südlich der Dniep wiesen wir einen feindlichen Angriffsvorstoß gegen einen unserer kleinen Posten in der Gegend von Barthelemy auf dem Ostrand des Darnes ab. Nach heftiger Artilleriekämpfe im Abseht von Truppen. Bei handliche Kämpfe von Stützpunkten. Südlich von Harnette wurden deutsche Erkundungsaufstellungen, die sich über den Darnes zu einem Angriff, durch unser Feuer abgewiesen. In der Champagne verhältnismäßig ruhige Nacht. In den angegriffenen Absehten richteten sich unsere Kräfte in der anderen Stellung ein. Die Zahl der von uns bei den geringen Unternehmungen gemachten Gefangenen, die bisher gezählt wurden, beträgt über 400. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Italienischer Heeresbericht vom 1. Mai nachmittags: Südlich der Dniep wiesen wir einen feindlichen Angriffsvorstoß gegen einen unserer kleinen Posten in der Gegend von Barthelemy auf dem Ostrand des Darnes ab. Nach heftiger Artilleriekämpfe im Abseht von Truppen. Bei handliche Kämpfe von Stützpunkten. Südlich von Harnette wurden deutsche Erkundungsaufstellungen, die sich über den Darnes zu einem Angriff, durch unser Feuer abgewiesen. In der Champagne verhältnismäßig ruhige Nacht. In den angegriffenen Absehten richteten sich unsere Kräfte in der anderen Stellung ein. Die Zahl der von uns bei den geringen Unternehmungen gemachten Gefangenen, die bisher gezählt wurden, beträgt über 400. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

England.

Wachsende Lebensmittelmangel.

In englischer Oberhaus sprach Lord Devonport am 2. April über die Versorgungsfragen und sagte aus: Die be-

herigen Bemühungen, das Volk zu freiwilliger Einschränkung des Brotverbrauchs zu veranlassen, hatten infolge des harten Winters und der Erschöpfung der Kartoffelvorräte nur teilweisen Erfolg. England vermöge durchzuhalten, wenn man mit einer gewissen Sicherheit auf Zufuhren rechnen könne; aber die Schiffahrt gewähre diese Sicherheit keineswegs, vielmehr schwinde infolge der Verletzung von Schiffen durch die Tauchboote und die Beanspruchung des Schiffsraumes für militärische Zwecke diese Bürgschaft dahin. Trotzdem könne und werde man der Lage Herr werden. Aber nur auf einem Wege, nämlich dem der Einschränkung des Brotverbrauchs. Devonport fuhr fort: Wir müssen weniger essen. Wir überwinden, wenn wir ausreichend Entschädigung bezüglich des Brotverbrauchs üben, die vor uns liegende, gefährliche Zeit, andernfalls halten wir bis zur nächsten Ernte nur mit schweren Entbehrungen durch. Dieser Punkt ist so dringlich und eine solche Lebensfrage, daß ich nicht ansehe, ihr immer wieder zu betonen, damit ihr jedermann versteht. Wenn Ihr Euch einschränkt, sind wir sicher, aber wenn Ihr ohne Einschränkungen weiterlebt, wird es eine bittere Zeit vor der nächsten Ernte geben. Ich hoffe, mit diesen Feststellungen keine Anklage begangen zu haben, aber dies ist die volle Wahrheit über die Lage. Ich will damit keine Panik erregen, dafür besteht kein Grund, sofern sich das Land der Lage gemessen erweist. Es ist absolute Pflicht des ganzen Volkes, die Energie auf die Erhaltung von Brot und Lebensmitteln überhaupt zu vereinigen. Als Sicherheits-Höchstmäß des Brotverbrauchs bezeichnete Devonport eine Wochentration von vier Pfund. Er teilte gleichzeitig mit, daß die Zuckerration von dreiviertel auf ein halbes Pfund für die Woche herabgesetzt werden müsse. Auf eine Anfrage, ob eine Zwangsregelung geplant wird, sagte Devonport, er verabsichere den Gedanken, das Volk durch Zwang zur Einschränkung anzuhalten. Eine Zwangsregelung sei unenglich und erfordere bedeutende Ausgaben. Trotzdem halte er die Zeit für gekommen, alle vorbereitenden Maßnahmen zu einer zwangsweisen Zuteilung von Brot und Zucker und vielleicht noch anderer Lebensmittel zu treffen, insbesondere die örtlichen Behörden mit ihnen dann zusammentreffenden Obliegenheiten vertraut zu machen, damit die Einführung kurzerhand möglich sei, sobald die Notwendigkeit vorliege. Die Entscheidung hänge davon ab, ob das Volk in den nächsten sechs bis acht Wochen den Brotverbrauch freiwillig vermindere oder nicht.

Amerika fordert Irlands Selbstregierung.

134 Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses haben, wie aus Washington gemeldet wird, eine Adresse an den englischen Ministerpräsidenten Lord George gerichtet, in der er aufgefordert wird, in Irland die Selbstverwaltung einzuführen. In der Adresse wird darauf hingewiesen, daß in den Vereinigten Staaten keine Kriegsbegeisterung aufkommen könne, wenn die irische Frage nicht gelöst werde. Weiter wird aus Washington gemeldet, daß Präsident Wilson dem englischen Außenminister Balfour zu verstehen gegeben habe, England könne nur durch zurückerhellende Regelung des irischen Problems die demokratischen Ideen fördern.

Von diesem Verlangen dürfte die englische Regierung, die nur fremde, ihnen nicht unterstehende Länder befreien will, nicht sehr erheitert sein.

Der Seefrieg.

Das freie Geleit am 1. Mai.

Von den unter Garantie für sichere Fahrt von England abgegangenen holländischen Schiffen mit Getreide, Viehfutter und Kunstdünger sind bereits 15 Schiffe in Ymuiden und Hoek van Holland angekommen. Die Schiffe waren seit Ende Januar und Anfang Februar in England zurückgehalten worden.

Die norwegischen Schiffsverluste im April.

Die norwegische Handelsflotte verlor im Monat April durch Uboote 40 Dampfer von 61 500 Brutto-Tonnen und 64 Segelschiffe von 32 775 Tonnen, zusammen 104 Schiffe mit 94 275 Tonnen. Im März betrug die Verluste 63 Schiffe mit 108 000 Tonnen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Guatemala bricht die Beziehungen zu Deutschland ab.

323. Berlin, 2. Mai. (Amstich.) Der Gesandte Guatemalas teilte dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Auftrag seiner Regierung mit, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen sind, und bat um keine Rüge. Die Vertretung der deutschen Interessen in Guatemala übernahm die spanische Regierung.

Ein renitenter amerikanischer Bürgermeister.

Nach einer Meldung der „Berlingske Tidende“ aus London hat sich der Bürgermeister von Chicago, Thompson, geweigert, den auf einer Visite in Amerika weilenden französischen Generalstab in seine Stadt zu empfangen. Er verwies darauf, daß Chicago die lehrreichste deutsche Stadt der Welt sei. Trotzdem beabsichtigte die Stabsverwaltung, die französisch-englische Mission zu empfangen. Feindlich ist dieser Zwischenakt dem Herrschaffen aber trotzdem.

Eine Note der brasilianischen Regierung.

Die brasilianische Regierung teilte dem Auswärtigen Amt durch Vermittlung der schweizerischen Regierung mit, daß sie Maßregeln treffen müßte, um die Schädigung der brasilianischen Häfen durch die Zerstörung deutscher Schiffe zu verhindern. Da der von ihr veröffentlichten amtlichen Note wird ausgeführt, daß die deutschen Seeschiffe Zerstörungshandlungen gegen diese Schiffe ausgeführt haben, die unter der Gerichtsbarkeit und dem Schutze der brasilianischen Behörden ständen, namentlich indem die deutsche Vertretung dort nicht mehr bestesse. Es werden ferner entgegen dem Vorwissen der Hafenbehörden Maschinenteile und andere Gegenstände ins Meer geworfen. Auch hätten die Schiffsbesatzungen die Pflicht bestanden, einige oder alle Schiffe zu versenken. Die Ausübung dieser Pflicht könne die brasilianische Regierung wegen der zu erwartenden Schädigung der Schifffahrt und Häfen nicht zulassen. Sie habe daher als Polizei- und Sicherheitsmaßregel, die nicht den Charakter der Beleidigung trage, dem Marineminister befohlen, die Schiffe durch die Kanonikanten seines Befehlsbereichs besetzen zu lassen, solange die gegenwärtige Lage dauert. Die Vertagung fand in der besten Ordnung statt. Die deutschen Seeschiffe wurden, ohne daß ihre frühere Lebensweise geändert worden ist, an Bord belassen.

Unternehmer, bei denen sie gearbeitet haben, Dienststellen, unter deren Aufsicht gearbeitet wurde, Ort und Zeit der Zurückhaltung durch die Militärbehörden. Sind hierüber Bescheinigungen ausgefertigt, dann empfiehlt es sich, diese den Gesuchen in Ur- oder Abschrift beizufügen."

### Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 3. Mai.

**Sozialismus und Kapitalismus.** Die Konferenz der internationalen Sozialdemokratie, die in Stockholm am 15. Mai zusammengetreten ist, hat viele Millionen Menschen in allen Ländern mit neuen Friedenshoffnungen erfüllt. Es soll dort der erste Schritt zur Verständigung der Völker, die sich gegen ihren Willen gegenseitig abfeindeten, erfolgen. Damit wäre das Ende des Krieges in greifbare Nähe gerückt, und auf dieser Erde ist das Sehnen der gesollten Menschheit gerichtet. Es gibt nur aber auch in allen kriegsführenden Ländern kleine Gruppen von Leuten, die noch immer keinen Frieden der Verständigung wollen, weil sie noch immer in dem seltsamen Wahn leben, daß eine der Mächtekoalition die andere zerschmettern kann. Und dann, wenn diese Zerschmetterung endlich erfolgt ist, mag es auch noch so lange dauern, dann sollen aber die andern es hüben! Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß solche Zerschmetterungspolitik wesentlich dazu beitragen haben, daß der Friede noch nicht wieder eingetroffen ist. Merkwürdig ist es, wie sich diese Gegner eines Verständigungsfriedens zu der Stockholmer Konferenz stellen. Ein Teil von ihnen schimpft wie ein Kohrspatz auf jene Männer, die den noch immer „verführten“ Frieden vorbereiten; andere wieder suchen unsere deutschen Genossen von der Verkehrtheit ihres Vorhabens zu überzeugen. So kann man heute morgen in den „Lübeckischen Anzeigen“ einen Artikel „Die rote und die goldene Internationale“ finden, der an die Meinungen unseres Genossen Stellung in der letzten Bürgerversammlung über die Internationalität anknüpft und u. a. folgende Betrachtungen enthält:

„Stehen wir denn wirklich vor der größten Fronte der Weltgeschichte? Der internationale Sozialismus, der zwar der größte Freund des „ewigen“ Friedens, aber zugleich doch auch der größte Feind des internationalen Kapitalismus sein will, schickt sich an, diesem internationalen Kapitalismus ein Wett zu bereiten — so breit und so behaglich, wie es nie zuvor bereitet war...“

„Gelingt es, Deutschland um jede Machterweiterung und um jede Kriegsenfähigkeits zu bringen, dann ist die Herrschaft des internationalen Kapitalismus, d. h. die absolute Welt Herrschaft der englisch-amerikanischen plutokratie, gesichert. Vor diesen Wagen wird, ohne daß er's merkt, der internationale Sozialismus gespannt. Und die deutschen Sozialdemokraten, die grimmigsten Bekämpfer des internationalen Kapitalismus, sind es, die er zu seiner willkürlichen Garde anzuwerben hat. Sollten sie wirklich nicht in letzter Stunde erkennen, was sie tun? Freiheit und Frieden wollen sie und der ewigen Rnechtenschaft verhelfen sie zum Siege. In der Tat: Die größte Fronte der Weltgeschichte bereitet sich vor. Die rote Internationale hebt die goldene Internationale auf den Thron! Wer öffnet den deutschen Sozialisten in zwölfter Stunde die Augen?“

Wenn die Wiedergabe dieses Zitats in unserem Blatte unseren Genossen die Augen nicht öffnet, dann wird ihnen wohl nicht zu helfen sein. Zu den seltsamen Begünstigungen der amerikanischen Unternehmungen ist also die neue hinzugekommen, daß ein Friede der Verständigung nur dem internationalen Kapitalismus nützt. Um so weniger will es uns einleuchten, warum sich dann der internationale Kapitalismus so sehr gegen einen solchen Frieden sträubt. Da die deutschen Sozialisten somit etwas tun, was bei den profitierenden Kapitalisten aller Länder auf den schärfsten Widerspruch stößt, so ergibt sich wohl schon aus dieser einen Tatsache die Ungereimtheit der Auslassungen des besorgten Amisblattes.

**Die Postzeitung** wird am kommenden Sonnabend bis 12 1/2 Uhr nachts verlängert. Warum wird nicht bekanntgegeben.

**Der gewöhnliche Telegrammverkehr mit den von Österreich-Ungarn verwalteten Gebieten in Polen (k. u. k. Militär-Generalgouvernement Lublin), Serbien und Montenegro** wurde am 1. Mai eröffnet. Aber die am Verkehr teilnehmenden Orte geben die Telegrammanstalten aus. Zugelassen sind nur in offener deutscher Sprache abgefasste Telegramme in dringlichen Angelegenheiten. Die Gebühr für Telegramme nach dem österreichisch-ungarischen Militär-Generalgouvernement Lublin ist dieselbe wie nach dem deutschen Generalgouvernement Warschau; Telegramme nach Serbien und Montenegro kosten 20 Hfa. für das Wort.

**Erhöhung der Uebernahmepreise für Aluminium.** Das Kriegsministerium hat sich entschlossen, die in § 9 der Bekanntmachung Nr. 500/2. 17. RM., betreffend Beschlagsnahme, Bestandserhebung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Aluminium, genannten Uebernahmepreise zu erhöhen. Nach der am 10. Mai 1917 zur Veröffentlichung kommenden Bekanntmachung Nr. 1700/4. 17. RM. werden die Uebernahmepreise betragen:

- 12 Mk. für jedes Kilogramm Aluminium ohne Beschläge,
- 9,60 Mk. für jedes Kilogramm Aluminium mit Beschlägen.

Da diese Preise erst nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung durch die Sammelstellen gezahlt werden können, empfiehlt sich für das Publikum, die bei Ablieferung der Gegenstände erhaltenen Anerkennungsscheine erst nach dieser Veröffentlichung zur Auszahlung des Betrages vorzulegen. Die Ablieferung darf jedoch keineswegs verzögert werden, da die Heeresverwaltung die beschlagnahmten Aluminiummengen dringend benötigt. Durch die neue Bekanntmachung werden die Sammelstellen verpflichtet werden, außer den beschlagnahmten Gegenständen auch Aluminium in Form von nicht beschlagnahmten Gegenständen, sowie Aluminium-Material zu einem Preise von 2,50 Mk. für jedes Kilogramm anzunehmen.

**Neue Richtpreise des Kohlenhandels.** Die neuen Richtpreise des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels wurden mit Wirkung vom 1. Mai ab wie folgt festgelegt: Für Kohlen bis einschließlich den 30. September Mk. 2 Erhöhung für eine Tonne für Bricketts bis einschließlich den 31. August Mk. 2,50 Erhöhung für eine Tonne, für Koks bis einschließlich den 31. August Mk. 3 Erhöhung für eine Tonne. Bei Koks wurde jedoch Koks aufgenommen, für den die Preis Erhöhung Mk. 2 für eine Tonne beträgt.

**Zur Fischverjorgung.** Von amtlicher Seite wird uns geschrieben:

„Da eine hiesige Tageszeitung wiederholt Nachrichten über Auslassungen gebracht hat, denen offenbar unrichtige Vorstellungen über die Regelung der Fischverjorgung zugrunde liegen, so wird es erforderlich sein, hierüber einiges mitzuteilen.“

## Der amtliche Kriegsbericht.

RTB. Großes Hauptquartier, 3. Mai. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegshauptquartier.

#### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Dem anhaltenden Artilleriekampf der letzten Tage ist auf beiden Seiten heute früh Trommelfeuer gefolgt. Dann haben in breiter Front neue englische Angriffe begonnen.

#### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei günstiger Beobachtung erwies die Kampftätigkeit der Artillerie und Minenwerfer gestern große Stärke. Besonders an der Bergfront zwischen Saugailon und Craonne, längs des Aisne-Marne-Kanals und an den Höhenstellungen nördlich Prosnes war der Feuerkampf heftig.

#### Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine besonderen Ereignisse.

Die Fliegeraktivität war über und hinter den Stellungen bei Tag und Nacht sehr reg. Der Feind verlor in Luftkämpfen 8, durch Notlandung 1, durch Abwehrfeuer von der Erde 7 Flugzeuge und 1 Fesselballon.

### Deutscher Kriegshauptquartier.

Die Gesamtlage ist unverändert.

Zwischen Susita- und Putna-Tal ist ein russischer Angriff verlustreich in unserm Feuer zusammengebrochen.

### Mazedonische Front.

Lebhafte Feuer bei Monastir, auf dem Westufer des Wardar und südlich des Doiran-Sees.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Regelung der Fischverjorgung ist seit etwa November 1916 vom Reich in die Hand genommen. Die gesamte Erzfische ist abschnittsweise neugegründeten Kriegsgefellschaften zur alleinigen Ausbeute der Fischzünge zugeteilt worden. So zerfällt die Döfische in acht Fischhandelsbezirke, nämlich Döberitz, Westpreußen, Hinterpommern, Regierungsbezirk Stettin, Neuvorpommern mit Rügen, Mecklenburg, Lübeck mit der obdenburgischen Küste, Schleswig-Holsteinische Döfische. Die Geffellschaften haben die Fischzünge nach den allgemeinen Anweisungen des Reichskommissars für Fischverjorgung in erster Linie zu verarbeiten und den Verbrauch ins Reich zu führen. Die Erzeugerpreise werden vom Reichskommissar festgesetzt, die Händlerpreise nach vorgeschriebenen Grundlagen errechnet. Wie auf anderen Gebieten, hat auch hier die Industrie teilweise neue Wege einschlagen müssen, so daß eine Verarbeitend in viel weitergehendem Maße als in Friedenszeiten ermöglicht ist. Der Verteilungsschlüssel, nach welchem die einzelnen Geffellschaften an die Heeresverwaltung und andere Großverbraucher, an die Kommunalverbände und Bezirkszentralen im Reich liefern, ist vom Reichskommissar aufgestellt worden. Die Bezugsanteile sind nicht schematisch nach der Einwohnerzahl bemessen, sondern der Grad des Gewerbestandes und das Verhältnis der Schwerstarbeiter zur Gesamtbevölkerung und die Stadtdichte sind berücksichtigt worden. Außerdem ist den Küstenbezirken ein kleinerer Anteil mehr zugemessen, weil sie an die Fischverjorgung in besonderem Maße gewöhnt sind.

Die gesamten Fischzünge sind naturgemäß von den Fischern an die zuständige Geffellschaft abzugeben. Wenn daher irgendwoher von guten Fängen zu melden ist, so kann daran nicht die Folgerung geknüpft werden, daß den Hausfrauen eine gute Abwechslung im Küchensortiment geboten sei. Dies kann nur für den Haushalt des Fischers zutreffen, da diesem nur erlaubt ist, die für die eigene Verjorgung benötigte Menge zurückzubehalten.

Für Lübeck und die obdenburgische Küste besteht die Lübecker Fischhandelsgeffellschaft in Schluß, eine gemeinnützige Geffellschaft der Gewinnüberschuss, der nach einer Verzinsung des Stammkapitals von 5 Prozent verbleibt, wird Lübecker und obdenburgischen gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden und zwar nach dem Verhältnis der von den beiderseitigen Fischern gelieferten Fischzünge. Die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder, die übrigen als solche einzelner Einnahmen haben, erntet der Senat und die Regierung in Gütin. Die Verordnung, in welcher das ausschließliche Bezugsrecht dieser Geffellschaft festgelegt ist, ist vom Senat am 13. Januar 1917 erlassen und veröffentlicht worden und vom Reichskommissar, der den Antrag dazu gegeben hatte, genehmigt worden. Daß es sich hierbei um eine Verordnung im Interesse der Reichspolitik handelte, ist anfangs in der Öffentlichkeit offenbar nicht erkannt worden, sonst wären keine Hoffnungen darauf laut geworden, daß eine bessere Verlieferung Lübecks die Folge sein würde. Die Geffellschaft läßt die Fische fast ausschließlich durch die einheimische Industrie nach reichsweit vorgeschriebenen Verjorgungszwecken verarbeiten und muß sowohl die Zubereitungen wie die Fischzünge zum größten Teile ins Binnenland und zwar hauptsächlich ins Königreich Sachsen versenden. Der auf Lübeck entfallende Teil beträgt nur einen sehr kleinen Bruchteil des friedensmäßigen Abzuges in Lübeck, der Dreiviertel der Gesamtzünge der Lübecker Fische ausmacht. Den Vorzug, den Lübeck in der Ernährung gegenüber dem Binnenlande durch den wohlfeilen Massenverkauf hatte, ist vollkommen dahin.

Es ist ganz besonders vor der Hoffnung auf nennenswerte Mengen von Herings zu warnen. Denn zu den Reichsmassnahmen kommt hier hinzu, daß die Verjorgung der Jahreszeit die diesjährigen Heringserträge auf ein Mindestmaß herabgedrückt hat. Die Heringszünge kommen überhaupt sehr unregelmäßig. Während der Durchschnittsvertrag der Lübecker Fische 2 Millionen Pfund im Jahre beträgt, sind bis zum 31. März im Jahre 1915 6 Millionen, im Jahre 1916 1 Million und im Jahre 1917 nur 120 000 Pfund, also der 20. Teil des gewöhnlichen Durchschnitts erzielt worden. Größere Fänge sind auch nicht mehr zu erwarten. Die Presse berichtet, daß der Reichtum am 24. April größerer Heringszünge gemacht worden seien, ist dahin zu berichtigen, daß ein Fang von höchstens 10 000 Pfund erzielt worden ist.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese amtliche Aufklärung besondere Freude erwecken wird. Die Bevölkerung wünscht vor allem, daß mehr Fische an den hiesigen Markt kommen; und wenn darauf von amtlicher Seite hingewirkt wird, so wäre das nur zu begrüßen.

**Der Raddingpulverschwindel** blüht lustig weiter. Zwar ist reines Kartoffelmehl zum festgesetzten Höchstpreis von 25 Mk. je Zentner selbst bei der zuständigen Kriegsgeffellschaft für den Kleinhandel, d. h. den Hausbedarf nicht zu haben. Aber die Industrie, die Kartoffelmehl ein wenig feiner, mit Fruchtäcker und Ertraktoren parfümiert und dann zu 180 bis 280 Mk. den Zentner in kleinen Däfen verkauft, wird von derselben Kriegsgeffellschaft immer wieder mit Kartoffelmehl beliefert. Neuerdings hat sogar eine einflussreiche Groß-Berliner Gemeinde eine Nahrungsmittelfabrik mit Kartoffelmehl zur Herstellung von Raddingpulver beliefert. Wo bleibt da das aufstrebende Kriegsernährungsamt, wo bleiben die kontrollierenden Preisprüfungsstellen? Die Verbraucher werden gern auf Raddingpulver verzichten, wenn sie das ihnen wichtigere reine Kartoffelmehl zu normalen Preisen erhalten können.

**Ein unehelicher Pokauscheller** stand am Dienstag in der Person des jetzigen Hausdieners W. vor dem hiesigen Schöffengericht. Der erst 16jährige Angeklagte war geistig, in der Zeit von Ende Januar bis Anfang März d. J. vier Pakete, die sich in amtlicher Aufbewahrung, nämlich in der Postkammer des Postamtes befanden, dadurch hehliche gestohlt zu haben, daß er sie sich aneignete. Das eine Paket enthielt 1/2 Pfund Butter, 1/4 Pfund Leberwurst, Brot und Zucker, das zweite Paket enthielt 1/4 Pfund Mehlwurst, 1/4 Pfund Butter und einen Lebkuchen, das dritte Paket enthielt Brot und das vierte dergleichen. Den Inhalt der Pakete hat er verzehrt. Der Angeklagte bestritt, daß die Sendungen aus Feldpostpaketen bezogen waren, es sind aber vermutlich doch solche gewesen. In Rücksicht auf den geringen Wert des Inhalts der Pakete wurde W. zu einer Gesamtstrafe von 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Sonntagsprekshunden.** Von seiten des ärztlichen Vereins wird uns geschrieben: Mehr als der dritte Teil der hiesigen Verzechtigt ist seit Kriegsbeginn draußen im Kriegs- oder Stappengebiet tätig. Dadurch ist den hier anwesenden Kollegen ein erhebliches Mehr an Arbeit aufgebüdet, was umso mehr ins Gewicht fällt, als die meisten Ärzte ohnehin schon durch ihre Verpflichtung an den Lazaretten stark in Anspruch genommen sind. In Anbetracht dieser Umstände haben die Mitglieder des ärztlichen Vereins beschlossen, fürkünftig die Sonntagsprekshunden völlig ausfallen zu lassen, um so wenigstens an einem Tage in der Woche die notwendige Erholung und Ausspannung zu finden. Mitbestimmend für diesen Entschluß war die Tatsache, daß dringende Beratungen Sonntags so gut wie gar nicht erfolgen. Die meisten Sonntagspatienten kommen gerade an diesem Tage, weil es ihnen „besser auskommt“ und sie in der Woche nicht so recht Zeit haben. Aber diese Zeit muß und kann ein jeder finden; sie muß sonoch Angelegten wie auch Arbeitern bewilligt werden, ohne daß ihnen für die durch den Gang zum Arzte verjäumte Zeit ein Lohnabzug gemacht werden darf. Derartige wäre geffentlich unzulässig. Es ist auch nicht etwa beabsichtigt, das Publikum in dringenden Fällen ohne ärztliche Beratung zu belassen. Es soll nur in solchen Fällen, wo der behandelnde Arzt nicht zu erreichen ist, als Ersatz dafür die jeweiligen Ärzte des Sonntagsdienstes in Tätigkeit treten.

**Stadtkassier.** Man schreibt uns: Für die Wohltätigkeitsvorleistung zum Beiten der U-Boot-Spende, die bekanntlich am Freitag abend in Gestalt der „Schwebenden Jungfrau“ in Szene geht, macht sich allenthalben reges Interesse bemerkbar, will doch jeder sein Scherflein gern darbringen. Das Stücklein selbst ist ein „vernünftiger Schwanz“, wie er eben sein soll, — „unvergnügt bis zum tollsten Unfinn, einfach unmöglich — aber gepünkt mit Situationskomik.“ So schreibt ein Königsberger Blatt und ein anderes berichtet über eine Aufführung: „Das Publikum hat selten so gelacht wie gestern, es klaffte bei offener Szene und spielte den ganzen letzten Akt leiser mit.“ — „Lachend Gutes tun — was ist wohl leichter als das? So ist denn ein ausverkauftes Haus sicher zu erwarten, denn jeder wird suchen, sich noch einen Platz zu sichern.“

**Die Volksküche** verabsolgte im Monat April 40 740 Portionen. Es wurde an 29 Tagen gekocht; pro Tag also 1405 Portionen. Ingedem wurden 4081 Tassen Kaffee zu 10 Pfz., für 6199,20 Mk. Wendenessen und für 658,15 Mk. Essen an Kinder abgegeben.

**Hamburg. Petition für Einführung des Frauenstimmrechts.** Schon bei den Bürgerversammlungen über die Beseitigung des Klassenwahlrechts ist die Frage des Frauenstimmrechts gestreift worden. Jetzt hat der Hamburg-Monarchverein für Frauenstimmrecht an die von Senat und Bürgerschaft eingeleitete gemischte Kommission eine dringende Eingabe gerichtet, in der er bittet, bei der bevorstehenden Wahlrechtsreform auch die Frauen der Stadt Hamburg und den zum Hamburger Staat gehörenden Landgemeinden zum Erwerb des Bürgerrechts zuzulassen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß während des Krieges die Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten gewachsen sei. Die Frauen hätten ihren Platz in der öffentlichen Wohltätigkeit, im Wirtschaftsleben, in allen Berufsweigen ausgefüllt, sie hätten ihre Zugehörigkeit zum Staat dadurch bewiesen und in ihrer Gesamtheit in der Erkenntnis ihrer Verantwortlichkeit dem Volkswesen gegenüber dem Staat Dienste geleistet, durch die überhaupt seine Existenz bedingt wird. Es sei eine einfache Forderung der Logik und Gerechtigkeit, für Leistungen, die dem Staat aufrecht erhalten und ihn fördern, die entsprechenden Gegenleistungen zu gewähren und den Frauen in ihrer Gesamtheit Rechte und Verantwortung zu verleihen, damit sie nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung seien und in Zukunft mit dem Mann als gleichberechtigte Bürgerinnen dem Staat dienen könnten. Der Staat gebrauche unbedingt für seine gesunde Entwicklung neben der männlichen auch die weibliche Erfahrung und Tatkraft.

**Hamburg. Zwei Kinder** erbeilenden die im Leiberverbrand. Ein grauenhaftes Unglück spielte sich im Hause Pfennigbüsch 1 ab. Hier wohnen die Eheleute Berg mit zwei kleinen Kindern. Der Mann steht seit langem im Felde und die Mutter der Kinder muß täglich zur Arbeit gehen, und die Familie zu erhalten. Eine kaum 17jährige Verwandte ist zur Aufsicht der Kinder im Hause. Als diese auf einen Augenblick die Wohnung zum Zweck des Einholens verlassen hatte, benutzten die kleinen Kinder, Hildegard und Erna, die Gelegenheit, um die Streichhölzer herzunehmen und die Nachtlampe anzuzünden. Hierbei mußten nun die Kinder der Flamme zu nahe gekommen sein, denn als das junge Mädchen von seinem Ausgange zurückkam, lagen beide Kinder verbrannt in der Küche. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte auch nicht mehr helfen, da beide Kinder längst tot waren.

**Güstrow.** Milde Urteile wegen Kriegsvergehen. Vor der Strafammer in Güstrow (Mecklenburg) wurde festgesetzt, daß der Rittergutsbesitzer Graf von Blücher auf Jind Mehl und Brot getreide an seine Hunde hatte verfüttern lassen. Er wurde zu einer — Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Wir sehen in Gedanken den Herrn Grafen, wie er lächelnd die einen Hundstrecke aus der Westentasche zieht und seine Strafe zahlt. Beschwerden wird ihn ja die Strafe nicht können. (Er liebt's ja dazu. — Vor dem Schöffengericht in Schwerin (Mecklenburg) hatte sich die Erbpächterin E. Meyer in Zittow zu verantworten. Sie hat sieben Kühe, aber ein halbes Jahr lang keine Mutter abgeleiert. Sie verteidigte sich damit, daß die Kühe fast alle „trocken gestanden“ hätten. Der Schafse des Dorfes erklärte als Zeuge, daß er sich nicht darum gekümmert habe, ob die Bauern (11 Voll- und 6 Halbbauern) die richtigen Mengen abgeleiert hätten; Kontrolle habe er nicht ausgeübt. Das Gericht hielt für erwiesen, daß die Angeklagte erhebliche Mengen Butter zu wenig abgeleiert hat, und verurteilte sie zu — 150 Mark Geldstrafe. Auch die Verurteilung der Kriegsmassnahmen zur Verjorgung wird sich über richterliche Härte nicht beklagen können. Machen sich die Herren Richter in Mecklenburg gar keine Gedanken darüber, wie das hungernde Volk solche „Urteile“ aufnimmt?

**Bremen.** Zur Verfassungsreform. Die bremische Bürgerschaft nahm in ihrer gestrigen Abendung einen Antrag des Senats an, der die Einsetzung einer Kommission beschließt, die aus 14 Mitgliedern bestehen und eine zeitgemäße Veränderung der bremischen Verfassung vorbereiten soll. Ein fortwährender Antrag, der als erste Aufgabe der Verfassungsdeputation die Vorbereitung einer Änderung des Wahlrechts der Bürgerschaft verlangt, wurde ebenso wie ein noch weitergehender sozialdemokratischer Antrag abgelehnt. Weiter nahm die Bürgerschaft eine Senatsvorlage auf Einführung einer Vermögenssteuer in Bremen an, deren Ertrag auf 1 200 000 Mark geschätzt wird.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ sind die mit P. L. gesetzten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Bekanntmachung

## betreffend die Ausgabe der Fleischkarten und Zusatzfleischkarten.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 verordnet das Polizeiamt:

§ 1.

Die Ausgabe der für die Zeit vom 14. Mai bis 5. August 1917 gültigen Fleischkarten und Zusatzfleischkarten findet für die Stadt Lübeck, mit Einschluß von Moisling, Genuß, Krennfeldsberg, Bornert, Straßendorf und Gohmünd in der Zeit vom Montag, dem 7., bis Sonnabend, dem 12. Mai 1917 statt und zwar:

I. In der Börse (Eingang vom Markt) in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags, am Montag, dem 7. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |  |                              |
|--|------------------------------|
| R. Atmer, Wahnstr. 68.                 | Emil Gertz, Marienstr. 48.   |
| G. Buch, Hülfstr. 62.                  | G. Göhler, Engelsgrube 68.   |
| F. Fockenbrock, Glodengießerstraße 78. | E. Göhke, Urminstr. 12.      |
| J. Faust, Schwönelenquerstr. 7/9.      | Fr. Graess, Kupferstraße 14. |

am Dienstag, dem 8. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                 |   |
|---------------------------------|---|
| Th. Hamann, Kohlmarkt 4.        | „Holstenhaus“, G. m. b. H.,<br>Sohlstr. |
| Joh. Heick, Markt 2.            | K. Joost, Beckergrube 30.               |
| E. Helm, Fleischhauerstr. 54.   | G. Klein Ww., Waffenstr. 14.            |
| L. Helm, Schwönelenquerstr. 21. | E. Helm, Tüntenhagen 3.                 |

am Mittwoch, dem 9. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                              |                                |
|------------------------------|--------------------------------|
| W. Kosppeke, Ringenberg 8/4. | Joh. Meier, Marthallenrand 33. |
| P. Kurr, Vanger Lohberg 48.  | H. Milles, Schüsselbuden 30.   |
| J. Kuntze, Balauerföhr 21.   | Fr. Paatsch, Sohlstr. 22.      |
| G. Lahrtz, Bückerstr. 14/16. | P. Paatsch, Wahnstr. 14.       |

am Donnerstag, dem 10. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                              |                               |
|------------------------------|-------------------------------|
| W. Pälow, Dannewartgrube 46. | G. Rohwaldt, Gr. Burgstr. 49. |
| J. Raabe, Rostenstr. 31.     | Aug. Roß, Gr. Burgstr. 37.    |
| W. Ralf, Sohlstr. 3.         |                               |

am Freitag, dem 11. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                  |                                   |
|----------------------------------|-----------------------------------|
| W. Russ, Engelsgrube 24.         | Aug. Scheere, N. Breite Str. 60a. |
| G. Simon, Urminstr. 13b.         | F. Schmahl, Regefeuer 4.          |
| Aug. Scheere, Sü. Mühlenstr. 20. | H. Schmidt, Schulstr. 7b.         |
|                                  | Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 33.    |

am Sonnabend, dem 12. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                             |                            |
|-----------------------------|----------------------------|
| E. Stechel, Engelsgrube 25. | Joh. Tödt, Wahnstr. 74.    |
| Otto Stöver, Wahnstr. 22.   | W. Vick, Schönkampstr. 3a. |
| E. Tient, Obertrabe 9.      |                            |

II. In der Stadthalle, weißer Saal (Eingang vom Garten), Mühlenstraße 7a, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags,

am Montag, dem 7. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                 |                             |
|---------------------------------|-----------------------------|
| E. Duriel, Rakeburger Allee 42. | H. Gerds, Elisabethstr. 1a. |
| F. Fröhlich, Klosterstr. 13.    |                             |

am Dienstag, dem 8. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                 |                                 |
|---------------------------------|---------------------------------|
| Ludw. Gipp, Kronstr. Allee 12a. | J. Gathknecht, Kömistr. 104.    |
| E. Goslar, Balauerföhr 21.      | Osw. Heine, Kronstr. Allee 37a. |

am Mittwoch, dem 9. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                            |                         |
|----------------------------|-------------------------|
| H. Hellmann, Sägerbaum 4.  | H. Jacobs, Gortstr. 6.  |
| A. Roth, An der Mauer 41a. | H. Koll, Gartenstr. 25. |

am Donnerstag, dem 10. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |  |                            |
|--|----------------------------|
| K. Kronsheim, Traveilmannstraße 26/28. | L. Kuntzel, Bückerstr. 22. |
|--|----------------------------|

am Freitag, dem 11. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                           |                                   |
|---------------------------|-----------------------------------|
| Fr. Paatz, Mühlenstr. 27. | B. Sussmann, Hülfstr. 64.         |
| Chr. Rell, Legienstr. 59. | Aug. Scheere, Sü. Breite Str. 22. |

am Sonnabend, dem 12. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                               |                           |
|-------------------------------|---------------------------|
| Aug. Scheere, N. Wahnstr. 23. | H. Viereck, Hülfstr. 96.  |
| Carl Vick, Hülfstr. 191.      | G. Wietze, Mühlenstr. 51. |

III. In der Stadthalle „Zu den drei Ringen“, Gontzstr. 3, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags,

am Montag, dem 7. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                |                       |
|--------------------------------|-----------------------|
| E. Barials, Hanstr. 30a.       | A. Glüss, Hanstr. 78. |
| Chr. Gipp, Moislinger Allee 4. |                       |

am Dienstag, dem 8. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                           |                        |
|---------------------------|------------------------|
| L. Kronsheim, Hanstr. 95. | H. Kührt, Dornestr. 3. |
|---------------------------|------------------------|

am Mittwoch, dem 9. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                 |                        |
|---------------------------------|------------------------|
| W. Kleck, Nadenburger Allee 68. | H. Scheel, Hanstr. 48. |
| Aug. Starks, Gontzstr. 18a.     |                        |

am Donnerstag, dem 10. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| P. Schmidt, Siemadenweg 57a.  | S. Sussmann, Moisling. |
| A. Schröder, Siemadenweg 57a. |                        |

am Freitag, dem 11. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                  |                          |
|----------------------------------|--------------------------|
| J. Ströbeldt, Regefeuer 6.       | E. Zackow, Gontzstr. 37. |
| W. Ströbeldt, Moisling Allee 13. |                          |

IV. In dem Laden Schwönelenquer Allee 53, Ecke Gendarmenstr., in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags,

am Montag, dem 7. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                    |                                   |
|------------------------------------|-----------------------------------|
| A. Hala, Schwönelenquer Allee 16a. | M. Reyzatz, Bienenhofstr. 20.     |
| G. Hennig, Brückerstr. 15.         | O. Meil, Schwönelenquer Allee 6a. |

am Dienstag, dem 8. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                                    |  |
|------------------------------------|--|
| L. Iahn, Schwönelenquer Allee 53.  | Müller & Alzerow, Schwönelenquer Allee 15. |
| H. Käher, Schwönelenquer Allee 53. |  |

am Mittwoch, dem 9. Mai 1917 für die Personen, die bei folgenden Schlachtern eingetragen sind:

- |                              |  |
|------------------------------|--|
| L. Müller, Bienenhofstr. 53. | F. Peters, Gontzstr. 41.                 |
| L. Süsser, Gontzstr. 41.     | H. Spangenberg, Schwönelenquer Allee 53. |

§ 2. Kinder erhalten bis zum Beginne des Kalenderjahres, in dem sie das sechste Lebensjahr vollenden, nur die Hälfte der festgesetzten Wochenmenge. Dies gilt also für die Kinder, die in den Jahren 1912, 1913, 1914, 1915, 1916 und 1917 geboren sind.

§ 3. Zusatzfleischkarten erhalten alle Verbraucher, mit Ausnahme der Fleischselbstversorger, und zwar erhalten vom 14. Mai 1917 ab alle Bezugsberechtigten weiße Zusatzfleischkarten, auf die sie das Fleisch zu dem ermäßigten Preise beziehen können.

§ 4. Die Fleischkarten und Zusatzfleischkarten werden nur verabfolgt gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises, des Lebensmittelsbuches und der für die Zeit vom 16. April bis 13. Mai 1917 gültigen Reichsfleischkarte. Die Reichsfleischkarte muß vorchriftsmäßig mit dem Namen des Inhabers, dem Namen des Schlachters bei dem sie angemeldet ist, und mit der Nummer unter der der Inhaber in der Kundenliste des Schlachters eingetragen ist, versehen sein. Um eine rasche Abwicklung der Ausgabe zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, daß die Nummer der Kundenliste auf der Fleischkarte vermerkt ist. Die Karteninhaber wollen sich daher bei ihrem Schlachter die Nummer der Kundenliste mitteilen lassen.

Den mit der Ausgabe betrauten Personen sind die erforderlichen Auskünfte von den Karteninhabern oder den abholenden Personen wahrheitsgemäß zu erteilen.

§ 5. Die Abholung der Karten hat durch den Haushaltungsvorstand selbst oder einen zuverlässigen Beauftragten zu geschehen. Kindern unter 10 Jahren werden die Karten nicht verabfolgt.

§ 6. Wer seine Fleischkarte nicht rechtzeitig abholt, erhält sie zu einem späteren Zeitpunkte nur gegen Zahlung einer Gebühr von 1,- Mark ausgehändigt.

§ 7. Wer unrichtige Angaben macht, oder wer es unternimmt, durch Täuschung oder durch sonstige Mittel eine ihm nicht zustehende Fleischkarte zu erlangen, wird auf Grund des § 14 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauches vom 21. August 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 3. Mai 1917.

### Das Polizeiamt.

**Todes-Anzeige.**  
Plötzlich und unerwartet starb im heiligen Geiste-Instal unter lieber Vater, Großvater und Schwiegervater  
**Heinrich Sickert**  
Dies sei an Friedrich Eldörp u. Frau geb. Sichert, Nadenburg, Heinrich Sickert, st. i. Feld, Robert Sickert, st. i. Feld, und Frau, Friedrich Sickert u. Frau, Dambura, Karl Sickert, st. i. Feld, und Frau, Willy Sickert, st. i. Feld, und Frau, Fritz Sickert, st. i. Feld, und Frau.  
Lübeck, den 1. Mai 1917.

Zahle höchste Preise für  
**Metalle u. Eisen.**  
Böttcher, Mittelstr. 18  
Säde verich. Art. a. beichädigt gr. u. kl. Posten, kauft zu höchsten Preisen 588  
B. Tesmer, Dannewartstr. 15

**Kaninchenzucht-Verein**  
für Lübeck u. Umgegend von 1895.  
Schmigelverteilung Donnerstag und Freitag von 8-8 Uhr  
579) Weierstraße 21.

Die neue (586)  
**Kartoffel-Kundenliste**  
legt bis 5. Mai bei mir aus  
**Heinrich Schröder,**  
Meierstr. 45. Telefon 1484.

**Bilderleisten** 189  
einrahmungen  
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,  
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre  
Arbeitskleidung bei (580)  
**Otto Albers**  
Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Mitgl. des Rab.-Sparv. Cubeca.

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“  
Johannstraße 46.

Zum Besten der Hinterbliebenen d. Angehörigen des Regiments „Lübeck“  
162.  
**Bunter Abend**  
am Mittwoch, 9. Mai 1917  
abends 7½ Uhr im  
**Stadtheater.**

Sämtliche Mitwirkenden gehören dem Ersatzbataillon des Regiments „Lübeck“ an.  
Opernpreise. Der Vorverkauf der Karten beginnt an der Theaterkasse am Sonnabend, d. 5. Mai, 11-2 Uhr. (582)

**Deutscher**  
**Transportarbeiterverband**  
Ordnungsverwaltung Lübeck.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß als weitere Opfer des Weltkrieges die Kollegen  
**Aug. Hagemeister**  
Hausdiener  
und  
**Willy Evers**  
Kassendiener  
im Westen gefallen sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
584) Der Vorstand.

Witwen den 2. Mai, mittags 12½ Uhr entlichet wurde nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, Tochter und Schwiegermutter  
**Margarete Möller**  
geb. Fick  
im Alter von 52 Jahren, mit betrauert von  
Rudolf Möller, 1 St. a. Urfr. und m. m. 3 Kindern.  
J. Fick. (591)  
J. P. Möller u. Bernadette.  
Trauerfeier am Montag, 7. Mai, nachm. 2 Uhr auf dem Friedhof.

**Ein Blockwagen**  
zu verkaufen. Angebote unter K R an die Exped. d. Bl. (593)

**Die Sozialdemokratische Feldpost**  
ist als Manifestnummer erschienen. Preis 10 Pfg.  
**Buchhandlung Fr. Meyer & Co.**  
Johannstraße 46.

## Vollmilchverteilung.

Wir hatten zur Eintragung in die Kundenlisten bis zum 10. April gebeten und haben trotzdem noch alle Anmeldungen bis zum 20. April angenommen. Neue Eintragungen in die Kundenliste können wir daher nachträglich vorerst noch nicht aufnehmen. Die vielen Anfragen, daß die auf ärztliches Attest vom Volleisamt genehmigte Milch nicht auf den Ausweiskarten enthalten ist, beantworten wir dahin, daß diese Attestmilch nicht auf den Ausweiskarten verzeichnet werden kann, da der Bezug der Attestmilch nur ein vorübergehender ist. Attestmilch wird, wie bisher, besonders ausgeben.

## Magermilchverteilung

(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit) am 4. Mai.

In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an alle Nr. über 100 der Ausweiskarte.

## Quarkverteilung.

Zunächst an die großen Familien mit 4 Magermilchberechtigten und mehr an alle Nr. über 151 der Ausweiskarte 1 Schale zu 55 Pfg., also zunächst nur an solche Karteninhaber der Nr. über 151 mit 1 Ltr. Magermilchbezugerecht und mehr.

Bitte beachten!! Bei eingereichten Attesten (Vollzeitscheinen auf Milchlieferung) wolle man sich in jedem Falle von der Verkäuferin der Verkaufsstelle, von welcher man Milch bezieht, folgenden Vermerk auf die Rückseite des Attestes setzen lassen: „Eingetragen unter Nr. (St. Ausweiskarte) ... der Kundenliste“ (Unterschrift der Verkäuferin mit Angabe der Verkaufsstelle). Fehlt obiger Vermerk auf dem Schein, ist Lieferung nicht auszuführen.

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Die unterzeichneten (587)  
**Optischen Geschäfte**  
bleiben während der Sommermonate von  
Sonntag, den 6. Mai bis einschließl. Sonntag, den 30. Septbr.  
an allen Sonn- und Feiertagen geschlossen.  
J. A. C. Dettmann, Königstr. 84/86.  
Johs. Goldbaum, Königstr. 34. Hugo Meier, Wahnstr. 21.  
L. Meumann, Fischergr. 39. Carl Volger, Breite Str. 66.

**Militär-Vortrags-Gesellschaft**  
Vereinigung deutscher Offiziere und Gelehrter für vaterländische Bildungsarbeit.  
Sonnabend, den 5. Mai, abends 8 Uhr,  
Sonntag, den 6. Mai, nachm. 4 u. abds. 8 Uhr  
sowie folgende Tage  
im HANSA-THEATER, Lübeck.  
**Vaterländ. Festaufführung**  
**Ostpreußen und sein Hindenburg**  
Musik vom Königlichen Musikdirektor Prof. Hummel.  
Zum Besten der unter dem Schutze Seiner Majestät des Kaisers und unter dem Ehrenpräsidium des Herrn Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, sowie des Herrn General-Feldmarschalls v. Hindenburg stehenden Reichsverbandes der Ostpreußenhilfe.  
Vorverkauf b. Sager, Kohlmarkt.

**U-Boot-Spende.**  
Freitag, den 4. Mai 1917:  
Aufführung im neuen Stadttheater.  
Prolog.  
Hierauf:  
**Die schwebende Jungfrau**  
Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach. (585)  
In den Zwischenakten Musik der Kapelle des Ers.-Batls. des Res.-Inf.-Regts. 84.  
Während der 2. Pause:  
**Verlosung eines Ferkels.**  
(Lose à Mk. 1.- sind an der Theaterkasse und bei Herrn O. Borchert zu erhalten.)  
Preise der Plätze:  
Logenvorderplätze und 1. Rang 1. Reihe Mk. 4.-, Logenhinterplätze und 1. Rang 2.-6. Reihe sowie Sperrsitze Mk. 3.50, 1. Parkett 2.75, 2. Parkett 2.25, Sitzparterre und 2. Rang 1.50, 3. Rang 60 Pfg.  
Vorverkauf ab Mittwoch, den 2. Mai, an der Theaterkasse von 11-1 Uhr mittags, ferner bei Herrn O. Borchert, Breite Straße 65.  
Kassenöffnung 7½ Uhr. Beginn 8 Uhr.

## Ein Urteil über Ursache und Wirkung der Munitionsarbeiterstreiks.

Die Presse des neutralen Auslandes veröffentlicht nachstehenden Artikel des Korrespondenz-Bureaus „Norden“:  
Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, gab uns auf unseren Wunsch folgende Darstellung über die Streiks in Deutschland in den Tagen vom 16. bis 20. April ds. Js.:

Als Streikursache kommt ausschließlich die unzureichende Regelung der Nahrungsmittelversorgung der Arbeiterklasse der Rüstungsindustrie in Betracht. Daß diese sich zu einem unheilvollen Zustande entwickeln konnte, lag nicht an dem Mangel guten Willens bei den zuständigen Stellen, sondern zum großen Teil an den Witterungsverhältnissen, die eine Erschwerung, zeitweilig sogar eine Verhinderung der Zufuhr herbeiführten. Die Getreidebestandsaufnahme im Februar ds. Js. ergab, daß eine Kürzung der Brotration notwendig war, wenn die gleichmäßige Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte gesichert werden sollte. Die Anordnung dieser Maßregel erfolgte in der Zeit, in der infolge starken Frostes die Kartoffelernte völlig kostete. Die schon im Jahresanfang unzulängliche Kartoffelversorgung sollte durch Erhöhung der Fleischration von 250 auf 350 Gramm ausgeglichen werden. Diese war für so lange Zeit vorgesehen, bis nach menschlicher Berechnung die Witterungsverhältnisse die Kartoffelernte ermöglichen würden. Der langandauernde Frost warf diese Berechnung über den Haufen. Die Fleischration ist zu der gleichen Zeit auf das frühere Maß herabgesetzt, als bekannt wurde, daß eine Kürzung der Brotration vom 15. April ab eintreten werde. Dieses Zusammentreffen verschiedener Umstände rief eine überaus starke Erregung in der Arbeiterklasse hervor. Sie wurde gesteigert durch die öffentliche Kritik an der Organisation der Nahrungsmittelversorgung u. g. Der Umstand, daß diejenigen Kreise, die ausreichend zahlen, immer noch Nahrungsmittel außerhalb der Rationierung erhalten konnten, erhöhte den Unwillen der Arbeiterklasse in dem Maße, daß sie glaubte, durch eine demonstrative Arbeitseinstellung eine scharfe Durchsicht der zahlreichen Verordnungen sichern zu können. Das letztere sollte erreicht werden, wie insbesondere eine genaue Nachprüfung der von den Produzenten gemachten Angaben über den Bestand an Getreide. Daß keine anderen Ursachen für die Arbeitseinstellung vorliegen, ergibt deren Verlauf.

Die zuständige gewerkschaftliche Organisation, der deutsche Metallarbeiterverband, hat trotz der Erkenntnis, daß der Annulla der Arbeiterklasse zum großen Teile berechtigt war, die Arbeitseinstellung zu verhindern versucht. Es gelang ihm dies nicht. Die Arbeiter der einzelnen Betriebe waren sich dahin schlüssig geworden, am 16. April die Arbeit einzustellen. Nachdem kein Zweifel mehr bestand, daß diese gegen den Willen der Organisationsleitung erfolgen würde, nahm der Verband die Leitung der Bewegung in die Hand, um ihr einen geordneten Verlauf zu sichern. Dies gelang in vollem Maße.

In Berlin führte sofort nach Streikausbruch die Leitung des Metallarbeiterverbandes in Gemeinschaft mit den Delegierten der Betriebe Verhandlungen mit den amtlichen Stellen herbei, die sich bis zum 17. April mittags hinzogen. Sie ergaben, daß die von den Behörden getroffenen Maßnahmen der Nahrungsmittelversorgung sichern werden. An Stelle der gekürzten Brotration wird eine Fleischzulage von 250 Gramm gewährt und die Kartoffelration von 3 auf 5 Pfund erhöht. Wenn auch die Nahrungsmittelmenge knapp bemessen sei, so ist ihre Lieferung doch bis zur nächsten Ernte gesichert. Scharfe Nachkontrolle würde vielleicht eine Erhöhung der Brotration ermöglichen, jedoch eine unerträgliche Notlage der Bevölkerung nicht eintreten könnte. Die Vertrauensleute erklärten sich mit diesen Zusagen befriedigt und beschloßen, den Streikenden die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Der Vorschlag fand Annahme. Die Arbeit wurde am 18. April fast ausnahmslos wieder aufgenommen.

Von verantwortungslosen Leuten, die mit der gewerkschaftlichen Organisation und dem Metallarbeiterverband gar nichts zu tun haben, wurde versucht, die Arbeitseinstellungen politischen Zwecken dienlich zu machen. Das gelang in Leipzig und in zwei Betrieben in Berlin, die je 6000 und 1700 Arbeiter beschäftigten. In den Versammlungen der Arbeiterklasse dieser Betriebe wurde beschloßen, die Wiederaufnahme der Arbeit von der Erfüllung politischer Forderungen abhängig zu machen. Die Leute, die in den Versammlungen dahin wirkten, diesen Beschluß herbeizuführen, haben stets versucht, die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands ins anarchisch-syndikalistische Fahrwasser zu leiten. Die Erregung der Arbeiterklasse über die Ernährungsschwierigkeiten schen ihnen eine günstige Gelegenheit, ihre Zwecke zu erreichen. Der Versuch ist mißlungen. Die Arbeit ist auch in diesen Betrieben wieder aufgenommen, ohne daß über die politischen Forderungen weiter verhandelt worden ist.

Arbeitseinstellungen, die im Laufe der letzten Woche im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stattfanden, sind nur darauf zurückzuführen, daß in einzelnen Orten der kommunale Apparat nicht so funktionierte, wie es hätte sein müssen.

Jedenfalls ist es ein Irrtum, aus diesen Vorgängen den Schluß zu ziehen, daß die Arbeiterklasse Deutschlands beabsichtige, die Herstellung von Verteidigungsmitteln einzuschränken oder zu verhindern. Unsere Arbeiterschaft ist sich des Ernstes der Lage bewußt. Sie weiß, was Deutschland zu erwarten hat, wenn die Wünsche seiner Gegner in Erfüllung gehen. Danach hat sie gehandelt und wird sie weiter handeln.

## Deutscher Reichstag.

13. Sitzung.

Mittwoch, 2. Mai, 2 1/2 Uhr, nachmittags.

Am Ministertische: Dr. Helfferich, Graf Koeborn, Kraetke.

Präsident Dr. Kaempf hält folgende Ansprache: Zu der Zeit unserer Feindschaft hat sich ein neuer, mächtiger Gegner gestellt. Der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika hat erklärt, daß er sich Deutschland gegenüber als im Kriege befindlich betrachte. In seiner Botschaft an den Kongreß vom 2. April vertritt Präsident Wilson, daß er gegen Deutschland Krieg führe im Interesse der Menschheit und aus Gründen der Menschlichkeit. Das Recht, dies zu verhängen, hat er verloren, nachdem er seinen Finger gerührt hat, um England in den Krieg zu fallen, als dieses den unmennechtlichen und das Völkerrecht mit Füßen tretenden Hungerstreik gegen Deutschland entfachte und ins Werk setzte. Er hat dieses Recht verloren, als er den deutschen Vorschlag ablehnte, bestimmte Seewege für amerikanische Bürger und auch für diejenigen Schiffe, die keine Waren führen würden, sicherzustellen. Zum begeisterten Kampfe hat das deutsche Volk sich am 1. August 1914 wie ein Mann erhoben. Auch heute kämpfen wir zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Wir führen, sagt Wilson, keinen Krieg mit dem deutschen Volk, für das wir Sympathie und Freundschaft hegen! (Gelächter.) Sein Handeln steht wenig im Einklang mit diesen Worten. Was seine Bemühungen, Zwietracht in Deutschland zu säen, anbetrifft, so erwarte ich als Präsident des Deutschen Reichstages, der durch das freie Wahlrecht der Welt gewählten Vertretung des deutschen Volkes, daß Präsident Wilson mit dieser Bemühung aufhören wird. Wie der oberste Beamte des Deutschen Reiches erklärt hat, daß Deutschland sich nicht einmische in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarstaates Rußland, so verdrängen wir uns vor jeder fremden Regierung, welche dies auch sei, jeden Eingriff in unsere inneren Verhältnisse. Wenn nicht alles täuschlich, nahe die Entscheidung in diesem gewaltigen Kriege. Wir stehen unter Tauchbooten mit ihren heldenmütigen, den Tod verachtenden Besatzungen England zeigen, welche Vergeltung Deutschland zu ihnen vermag für den ruchlosen Hungerstreik, den es gegen uns proklamiert hat. Wir haben unsere finanzielle Kraft durch den glänzenden Erfolg der sechsten Kriegsanleihe aufs neue erwieben. Ungeachtet aller Schwierigkeiten tragen wir den Entbehrungen, die dieser Verteidigungskrieg uns auferlegt. Unsere Feldtruppen, und auch wir in der Heimat halten fest an dem unerschütterlichen Vertrauen und Glauben an den Stern des deutschen

Volkes, und an einen Frieden, der uns die Sicherheit unseres Vaterlandes verbürgt und seine glückliche Entwicklung für jetzt und alle Zeiten.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.  
Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim

### Etat des Reichshauptamtes.

Raden (3.) geißelt als Berichterstatter die elende Hamsterei mit Kleingeld.  
Ein Vertreter des Reichshauptamtes erklärt, daß bereits Verhandlungen im Gange sind, um die Hamsterei entgegenzutreten, und das jegliche Kleingeld außer Kurs zu setzen.

Stücken (SD.): Eine Hamsterei mit Kleingeld muß in der Tat vorliegen. Ob aber bei Ausgabe neuer Münzen die Hamsterei aufgehört ist, das ist die Frage. Die Beschüsse des Reichstages auf Erhöhung der Mannschafslöhne und Gewährung eines zweiten Puggeldes sind gefährdet an dem Widerstand des Reichshauptamtes. Das ist Spärlichkeit am falschen Ort. Der Reichstag sollte es sich nicht gefallen lassen, vom Reichshauptamt als lästiger Bittsteller behandelt zu werden. Bei Anlauf des Hotels Cumberland für 7 Millionen Mark hatte das Reichshauptamt weder verfassungsrechtliche noch finanzielle Bedenken. Es ist eine gewisse Menge eingezogen, die teuersten Hotels für das Reich zu mieten. Das Hotel hat 300 Badezimmer, so daß es für eine Garnison-Warnbataillon für Berlin geeignet gewesen wäre. Ein leeres Zimmer in diesem Hotel kostet dem Reich 11 000 Mark. In der Erziehung mit dem Haus in der Viktoriastraße hätte das Reichshauptamt doch lernen sollen. Was soll übrigens mit diesem Haus an der Viktoriastraße werden? Bei dem Kauf des Hotels Cumberland ist außerdem das Staatsrecht des Reichstages verletzt worden. Man hätte das Projekt dem Haushaltungsausschuß vorlegen müssen. Der Ausschuß hat ja nachträglich dem Reichshauptamt gemäßigtere Indemnität erteilt, aber das darf nicht zur Regel werden. Die Erhöhung der Mannschafslöhne und die Gewährung eines zweiten Puggeldes hat der Reichstag jetzt erneut beschloßen. Ich hoffe, daß das Reichshauptamt nun seine passive Resistenz gegen diesen Wunsch des Reichstages aufgeben wird.

Schweichardt (Frp.) befürwortet einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Abwägung des Warennummernstempels auf den Abnehmer verhindert werden soll.

Reichshauptamtssekretär Graf Koeborn: Dem Wunsch wird hoffentlich in nächster Zeit entsprochen werden können. Im Falle des Hotels Cumberland ist die materielle und formale Nachprüfung des Reichstages durch einen Nachtragsetat ermöglicht worden. Das Haus in der Viktoriastraße wird vorläufig für die Reichshauptamtsabteilungsstellen ausgebaut. Auf die anderen Fragen des Abg. Stücken, die nicht zum Etat des Reichshauptamtes gehören, kann ich heute nicht eingehen.

Dr. Arens (D. N.): In bezug auf den Anlauf des Hotels Cumberland ist höchlich sehr ungeschickt vorgegangen worden. Der Kleingeldnot sollte man versuchen durch Ausgabe von 50-Mark-Scheinen zu heben.

Zimmermann (W.) schließt sich der Anregung an. Daß unsere Feindschaft mit Amerika finanziell unterstützt werden kann, uns nur recht sein, um so eher werden wir imstande sein, von ihnen eine starke Kriegsentlohnung zu erlangen.

Stücken (SD.) erhebt nochmals dringend um Antwort auf seine Anfrage in bezug auf die Mannschafslöhne und das Puggeld.

Staatssekretär Graf Koeborn: Ich bin gern bereit, diese Antwort, sowie die materielle Auskunft in der Frage des Cumberlandhotels beim Etat des Kriegsministeriums, wohin sie gehört, zu geben. Wir können beim Reichshauptamt unmöglich den ganzen Reichsetat behandeln. Es muß der Ressortchef, in diesem Falle der Kriegsminister, Stellung genommen haben. Dann will ich gern erklären, welches meine Stellung ist.

Reil (SD.): Der Abg. Zimmermann hat bei diesem Etat eine Debatte über U-Boote und Kriegsziele angefangen. Wir halten es demgegenüber für ein Gebot der Selbsterhaltung des deutschen Volkes, dem Blutvergießen dieses Krieges so rasch wie möglich ein Ende zu machen. Es entspricht nicht der Stimmung des deutschen Volkes, daß die Opfer an Gut und Blut, die wir bringen, durch törichte Redensarten ins Unbegrenzte vermehrt werden.

Vizepräsident Dr. Passche: Ich darf annehmen, daß der Ausdruck „törichte Redensarten“ sich nicht auf Anspielungen hier im Hause bezieht.

Reil (fortfahrend): Wir wären gewiß auch froh, wenn uns die Milliarden-Kriegsausgaben erspart würden; aber es ist ein geradezu entsetzlicher Gedanke, den Verlust, eine Anzahl Milliarden, nicht zu erhalten, mit dem Leben von Hunderttausenden deutscher Familienmitglieder und Söhne zu bezahlen. Ich erinnere an das Wort: „Deutsches Blut und fremdes Land läßt sich nicht in eine Gleichung bringen.“ Wir wünschen den baldigen Frieden unter

## Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

### 2. Fortsetzung.

Diese war im voraus schon zum Empfang eingerichtet und mit mancherlei Geräten versehen worden. Es war ein altes, aber geräumiges Haus, in das das junge Paar jetzt das erste Stockwerk bezog, das die alte Frau Viehfeld vollständig geräumt hatte. Mehrere Wochen gingen damit dahin, um die neuen Tapeten für verschiedene Zimmer auszuwählen, allerlei Verbesserungen anzuordnen, allerlei Einkäufe zu machen. Es war eine geschäftige und fröhliche Zeit, diese Zeit des Brautstandes. Eduard übernahm Gehalt und Haus samt allem Besitz von seiner Mutter. Die Familie lebte jetzt, was er zahlen sollte, trennte und ordnete alle Vermögensverhältnisse, an denen auch Onkel Tobias und der Pfarrer teilhatten, und brachte mit Hilfe eines Freundes des Pfarrers sämtliche Verträge in die Öffentlichkeit. Onkel Tobias war mit allem zufrieden. Er liebte seinen Neffen viel zu sehr und freute sich viel zu sehr über dessen glückliche Verheiratung, die er überall mit Stolz als sein Werk anzeigte, um nicht alles gut zu heißen, was geschah. Seine Wege waren auch gar kein gerätlicher Akt notwendig gewesen, um seine Ansprüche festzustellen, denn ein höherer war bisher auch nicht vorhanden. Onkel Tobias hatte sein Erbteil im Geschäft seines Bruders gehabt, und stellte einen Teilnehmer der Firma vor, aber er hatte, solange kein Bruder lebte, sich nicht viel darum gekümmert. Er machte die Reffen für das Geschäft, besaß die Messen, lebte ein lustiges, unbekümmertes Leben, verheiratete sich nicht, sondern blieb immerdar ein untertäniger und gelanter Verehrer seiner Frau Schwester in der hohen Haube, die er sehr hoch schätzte wegen ihres Verstandes und ihres Charakters. Neben ihr gab es nur einen Gegenstand, dem er mit Leidenschaft zum Jugend auf huldigte und niemals treulos wurde, nämlich seiner Pflanze. Als der Vater seiner Reffen farb, kamen auch für ihn böse Zeiten. Die Last der Arbeit fiel auf seine Schultern, er mußte das Reffen aufgeben, im Kontor sitzen, kassieren und rechnen, kassieren und verkaufen. Daher konnte er zuweilen nur noch des Nachts seine Hausgenossen mit den Tönen seiner Geige erfreuen. Sein Bruder hatte, um alle Verantwortlichkeiten abzuscheiden, seine Frau zur alleinigen Erbin und zur Vormünderin ihrer Kinder ernannt. Dies Vertrauen des Sterbenden rechtfertigte sie vollkommen, denn sie ordnete und befaß mit männlichem Geiste, und Onkel Tobias blieb ihr treuer Diener und Gehilfe. Die beiden Söhne waren bald so weit, daß der eine zur Universität gehen, der andere ins Geschäft treten konnte. Und alles ging vortrefflich, nichts schief, nichts fehl. Das Geschäft lief in gutem Fortgange. Georg wurde nach dem Wunsch seiner

Mutter ein Diener des Herrn und mit guter Freunde Hilfe bald Pastor an der Kreuzkirche. Er wurde seiner Mutter Stolz und Freude und blieb es auch, als er eine Frau nahm, die vielleicht nicht ganz nach ihrem Wunsch aussah. Es war die Tochter eines angesehenen Kaufmanns, ein feines, gutes Mädchen, allein, wie Frau Viehfeld sagte, nicht danach ergoßen, um die Finger ins Wasser zu stecken, und besser bekannt mit allerlei gelehrten Kenntnissen, als mit der Kunst, ihrem Mann ein schmackhaftes Gericht auf den Tisch zu bringen. Ihr Lieblingsglaube wollte jedoch diese Frau, und sie tröstete sich damit, daß ein Pfarrer auch dergleichen brauchen könne, und er ihr auch schon beibringen werde, was sie schickte, endlich aber auch die Partie nicht zu verachten sei, wegen der fleischlichen oder vielmehr wegen der metallenen Vorteile, die davon zu erwarten standen.

Doch gerade in dieser letzten Beziehung wurden der Pfarrer und seine zum Rechen geneigte Mutter unangenehm entzweit. Raum ein Jahr nach seiner Verheiratung machte sein Schwiegervater Bankrott, kurze Zeit darauf starb er mitten in der Verzerrung, und die Familie wurde noch mehr gebeugt durch die Gerichte, die über seinen Tod urteilten. Die junge Frau erkrankte damals dem Tode nahe, denn das Unglück ihres Vaters traf sie im Wochenbett und es blieb ihr nicht verborgen, aber sie erhob sich doch, und wenn sie beklagt wurde, ward ihr Mann noch weit mehr bemüht, der mit solcher Ruhe so harte Schläge ertrug, von der Kanzel herunter die Vaterhand segnete und mit der zartesten Liebe seine arme Lebensgefährtin zu trösten und zu schützen suchte.

Der Bruder des Pfarrers blieb einer von den wenigen, die anders darüber dachten, wie denn überhaupt die beiden Brüder niemals zu einem innigen Verhältnis kommen konnten. Als Eduard älter wurde, nahm die gegenwärtige Rasse noch mehr zu, so daß sie sich selten besuchten. So war es bis jetzt geblieben, bis Eduard von seiner größeren Reise nach verschiedenen Hauptstädten zurückkehrte, um seiner Mutter Wünsche zu erfüllen. Er hatte manche neue Handelsverbindungen angeknüpft, hatte mancherlei Erfahrungen gemacht, Einrichtungen und Vorteile kennen gelernt, die er zu benutzen gedachte, und trug sich mit weitgreifenden Plänen, sein Geschäft zu vergrößern.

Diese Absichten wirkten auch auf seine Heirat ein. Anna Hellmuth sollte ihm nicht allein ihr hübsches Gesicht mit ins Haus bringen, sondern auch ihr Vermögen. Von dieser Seite hatte seine Mutter sowohl als auch Onkel Tobias und alle, die ihm nahe standen, die Verbindung vornehmlich aufgefaßt. Sein Bruder, mit aller seiner Salbung über die Gütlichkeit der Ehe, dachte doch nicht anders, und so von allen Seiten belebt, war Eduard ein froher und glücklicher Bräutigam, der die Glückwünsche, die ihm reichlich und zuweilen übermäßig gemacht wurden, mit Wohlgefallen in Empfang nahm. Ihm fehlte ihm nicht wenig,

ein so schönes Mädchen zu heiraten, von ihr erwählt und ohne Zweifel auch geliebt zu sein. Wie konnte es denn auch anders sein! Sie waren beide jung, beide stattlich, beide schön und heiklich. Von allen Seiten kamen die Hoffnungen, nirgends waren Sorgen, überall winkten Freuden und frohe Tage.

Während dieser glücklichen Vorbereitung besuchte Eduard, so viel es nur anging, seine Braut, denn sie hatten immer viel zu verhandeln. Die Ausstattung wurde lebhaft besprochen, die Schwiegermutter zeigte sich liebenswürdig, und wenn ihr Neffe dem jungen Mann nicht besonders zusagte, ihre Art, jugendlich zu sein, ließ herauszukommen und Anordnungen zu treffen, sogar manches Widerwärtige hatte, so war dies alles doch schnell von anderen freundlichen Eindrücken übermächtig und keine Zeit viel darüber nachzudenken. Bei den Einrichtungen und Einkäufen gab es manchen kleinen Streit zwischen Mutter und Tochter, aber Eduard freute sich heimlich, mit welcher Entschiedenheit Anna ihren Willen durchzusetzen wollte; bei anderen Gelegenheiten kam es auch wohl zum Meinungsstreit zwischen ihm selbst und seiner Braut, allein er war ebenso geneigt nachzugeben zu sein, wie er durch die vereinte Macht der beiden Frauen dazu gezwungen wurde. Männer müssen gleich von Anfang an gezogen werden, sagte die Frau Bürgermeisterin bei einer solchen Gelegenheit. Eine Frau muß sich sofort in den nötigen Respekt zu setzen wissen und sich ihr Recht nicht nehmen lassen.

Das soll Anna auch immer in rechtem Maße haben, erwiderte er darauf, aber —

Um des Himmels willen, nur kein Aber! fiel Anna ein. Du wirst sehen, wie gut alles überlegt ist, was ich tue.

Er schwieg lachend dazu, aber daß Anna gewaltig eigenmächtig sei, drang sich ihm doch bei verschiedenem Anlaß auf.

Die Einrichtungen waren kostspieliger, als Eduard gedacht hatte, allein er war schuld daran. Er lebte den Glanz, und da es ihm schien, als freute sich Anna darüber, sparte er unvorsichtiger an allerlei Schmuck und Ruh der Zimmer, die seine junge Frau bewohnen sollte. Sie dagegen sorgte eifrig für eine gewaltige Kaffeeliste und was zur reichen Füllung eines neuen Haushaltes gehörte. Sie hatte Freude daran, alles auch weniger Notwendige zu zuziehen Dutzenden aufzupapeln zu können, und ihre Kenntnisse aller dieser Dinge, ihre Ordnungsliebe und Genauigkeit, die Art, wie sie mit den Bedienten zu handeln verstand, und die Luft am Besig, wie der hauswirtschafterische Geist und Stolz, die sich häufig kundgab, erhielten vieles Lob. Die alte Frau in der hohen Haube war besonders erfreut darüber. Das wird eine Frau werden, sagte sie, die alles gut zusammenhalten und ihn von seiner Verschwendung abbringen wird; denn leichtsinnig ist er von jung auf gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus dem Gerichtssaal.

Wegen Kriegswunders mit Käse hat die Strafkammer in Tilm den Kaufmann Franz Kistler aus Wernersdorf zu 22.600 Mark Geldstrafe und den Kaufmann Jodor Sommerfeld aus Danzig zu drei Wochen Gefängnis und 1140 Mark Geldstrafe verurteilt. Die beiden befreiten im Frühjahr 1916 die Provinzen Ost- und Westpreußen, kauften in vielen Meierereien große Mengen Käse, für den sie bis zu 150 Mark statt des Höchstpreises von 110 Mark pro Zentner zahlten, auf und trieben damit einen schwungvollen Handel, bei dem sie bedeutende Gewinne erzielten. Die Verhandlung ergab, daß 460 Zentner Käse aus Ost- und Westpreußen ausgeführt worden waren.

### Aus Nah und Fern.

Das Grubenunglück auf der Zeche „Karl Friedrich“ bei Bochum. Wie schon kurz gemeldet, kürzte am Sonnabend früh auf der Zeche „Karl Friedrich“ in Biemelshausen bei Bochum infolge Seilbruchs der Förderkorb, auf dem sich 46 Bergleute befanden, in den Schacht. 46 Knappen haben in der Zeit eines kurzen Augenblicks ihr Leben lassen müssen, auch im Dienste des Vaterlandes, für das sie ohne Licht auf ihr körperliches Wohl in unermüdblichem Schaffen Kohlen förderten, damit die Fronten festhalten können, fest gegen den Ansturm der vereinten feindlichen Mächte. Das Unglück geschah früh kurz vor 6 Uhr bei der Einfahrt der Morgenschicht. Fast die gesamte Belegschaft dieser Schicht war bereits eingefahren. Als die letzte Menschenkraft sich in Bewegung setzte und der Korb kaum einige Meter unter der Hängebank war, saute er plötzlich mit rasender Geschwindigkeit in die Tiefe. Der Korb kürzte vierhundert Meter tief. Er liegt zertrümmert im Schachtpumpf. Unter diesen Umständen war es sicher anzunehmen, daß von den an der Unglücksfahrt beteiligten gemessenen Knappen nicht ein einziger mit dem Leben davonkommen konnte. Die Bergung der Opfer ist mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft. Der verunglückte Förderkorb hat sich unter der Wucht des Falles tief in den Schachtpumpf eingewühlt. Bisher haben 37 Leichen geborgen werden können; sie wurden mit Kübeln hochgewunden und vorläufig auf der Zeche aufgebahrt. Die meisten der Verunglückten werden den Tod, ohne erst zum Bewußtsein ihrer Lage gekommen zu sein, gleich beim Aufprall des Korbes gefunden haben, worauf die furchtbaren Verletzungen schreien lassen, die die zutage gebrachten Leichen aufweisen. Es handelt sich bei dem verunglückten Förderkorb um ein Gefäß von drei Etagen, in dem bei der Förderung in der Regel 40 bis 48 Bergleute Platz nehmen. Wie das Unglück hat gesehen können, ist den Insassen noch nicht klar. Es handelt sich, wie die Zecheverwaltung angibt, um ein verhältnismäßig neues Seil, das erst vor kurzem noch einer Probe in der Seilzerrmaschine der Westfälischen Berggewerkschaftskasse unterworfen worden sein soll und bei dieser Gelegenheit als durchaus zuverlässig und betriebsfähig befunden worden sei. Unser Bochumer Parteiblatt, das „Volkswort“ veröffentlicht die Namen von 41 bei dem Unglück ums Leben gekommenen Bergleuten.

**Todesschlag wegen einer Lebensmittelliste.** In Moringen bei Diedenhofen sollte ein zwölfjähriges Mädchen Lebensmittel einholen und verlor unterwegs die Lebensmittelliste. Ihre um zwei Jahre ältere Schwester geriet darüber so in Zorn, daß sie das Kind mit einem Hammer erschlug.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Bekanntmachung

#### über die Ausgabe von Zuckerrumtauschkarten.

Auf Grund des § 19 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 14. September 1916 in Verbindung mit den hierzu vom Stellvertreter des Reichskanzlers am 27. September 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen wird folgendes angeordnet:

Berlone, die ihren Wohnsitz im Lübeckischen Staatsgebiet vorübergehend, aber länger als einen Monat und nicht über sechs Monate verlassen, erhalten auf Antrag für diese Zeit gegen Rückgabe ihrer Zuckerkarten Zuckerrumtauschkarten.

Die Zuckerrumtauschkarte gilt nur für den Kalendermonat, für den sie ausgestellt ist. Sie muß mit dem Stempel des ausstellenden Kommunalverbandes versehen sein. Karten ohne Stempel sind ungültig.

Der Verordnungsberechtigte erhält gegen Abgabe der Umtauschkarte in jedem Kommunalverband des deutschen Reiches die für den betr. Monat in dem Kommunalverband des neuen Aufenthaltsortes gültigen Zuckerkarten.

Die Ausgabe der Zuckerrumtauschkarten und der Umtausch aufmänniger Zuckerrumtauschkarten gegen hier gültige Zuckerkarten erfolgt in der Kartenzentrale des Polizeiamts, Königstraße 69.

Bei Stellung des Antrages auf Ausrüstung der Zuckerrumtauschkarte ist das Lebensmittelbuch vorzulegen.

Lübeck, den 1. Mai 1917. (597)

### Das Polizeiamt.

### Bekanntmachung.

Durch die außerordentliche Ueberfüllung der Motor- und Anhängewagen werden dieselben derartig geschädigt, daß bei längerer Dauer dieser Zustände eine erhebliche Betriebsbeeinträchtigung vorzunehmen werden müßte, weil es bei den jetzigen Verhältnissen einfach unmöglich ist, die vorgenannten, sich ständig mehrenden Schäden zu reparieren.

Die Verwaltung sieht sich daher veranlaßt, aus Gründen der Betriebssicherheit die Befahrung der Motor- und Anhängewagen in folgender Form zu regeln:

- Wagennummern: 3 Stehplätze.
- Vordere Plattform: 2 Plätze mehr als angedeutet.
- Hintere Plattform: 3 Plätze mehr als angedeutet.

Die Fahrgäste sind verpflichtet, den dienstlichen Anordnungen des Schaffnerpersonals unbedingt Folge zu leisten. (§ 17 der Senatsverordnung vom 18. Februar 1911.)

Die Verordnung tritt mit dem 1. Mai in Kraft.

Lübeck, den 1. Mai 1917. (588)

### Die Betriebsbehörde.

Abteilung Straßenbahn.

### Bekanntmachung

#### betreffend den Fleischverkauf.

Bis auf weiteres dürfen in Schlächterläden und sonstigen Fleischverkaufsstellen Fleisch und Fleischwaren auch am Freitag verkauft werden.

Das Verbot der Abgabe von Fleisch, Fleischwaren und Fleischspeisen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Vereinen- und Erfrischungsräumen bleibt nach wie vor bestehen.

Lübeck, den 2. Mai 1917. (589)

### Das Polizeiamt.

### Die Kartoffel-Kundenliste

liegt bis 5. Mai bei mir aus und bitte um Neu-Eintragung.

Heinr. Busch, Krähnenstraße 34. 584

Wahrung unseres Bestandes und unserer Unabhängigkeit. Der Resolution zur Umfassung stimmen wir zu.

Zimmermann (M.): Ich bin der Letzte, der den Krieg verlängern möchte, es ist alles getan, um den Krieg zu beenden. Angelegentlichster großen Erwerbungen können wir uns doch nicht einfach den Feinden zu Füßen werfen! (Zuruf: Das will niemand!)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag und die Resolution über die Umfassung werden angenommen.

### Rein

#### Etat des Rechnungshofes des Deutschen Reiches

weist Zimmermann (M.) auf die Bedeutung hin, die dieser Rechnungshof in dieser Zeit erhalten habe und real an dieser Bedeutung entsprechend den Eiz von Potsdam nach Berlin zu verlegen.

#### Es folgt der

#### Etat über den Armees-Pensionsfonds.

Die Kommission schlägt dazu eine Resolution vor, wonach der Reichskanzler veranlassen soll, daß bis zur Aenderung des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 Zuschläge zu den Militärhinterbliebenenrenten für die Angehörigen der Mannschaften gewährt werden.

Dr. Meyer-Hoford (M.): Es sollte eine Reichsstelle für Kriegswohlfahrtsangelegenheiten geschaffen werden. Der kürzlich gestellte Vorschlag von Kriegsbeschädigten scheint nicht der rechte Weg, die wichtige Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu lösen. Nicht nur die Renten der Hinterbliebenen der Gefallenen sind zu niedrig und sollten bis zur generellen Regelung, die später erfolgen wird, erhöht werden, wie es die Kommission wünscht, sondern auch die Militärrenten Erwerbsunfähiger oder im Erwerbe stark beschränkter Kriegsbeschädigter Mannschaften sind zu niedrig und sollten Zuschläge in gleicher Weise erfahren. Es erscheint ferner nicht berechtigt, einen großen Unterschied zu machen zwischen Dienstbeschädigten und Kriegsdienstbeschädigten. Die Lohnfrage für die Kriegsbeschädigten hat das Kriegsamt in vorbildlicher Weise geregelt nach der Arbeitsleistung, ohne die Rente irgendwo in Betracht zu ziehen. Ebenso anerkennenswert ist der Entschluß des Ministers des Innern, daß in den Staatsbetrieben sehr gleichmäßig verfahren werden soll, und daß auch den Kommunalbehörden nahegelegt ist, dasselbe zu tun. In bezug auf die Steuern sollten die übrigen Bundesstaaten dem Beispiel Sachsens folgen, wo die gesetzlich gewährten Beihilfen an Kriegshinterbliebene steuerfrei sind.

General v. Langemann: Es ist stets mein Bestreben gewesen, das Militärerwerbswesen immer mehr und mehr in soziale Bahnen zu lenken und enge Fühlung mit den Fürsorgeorganisationen zu nehmen. Ueber das Mannschaftenvererbswesen und das Militärhinterbliebenengesetz kam ich bestimmte Mitteilungen noch nicht machen. Ich werde meine Kraft dafür einsetzen, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes so ausfallen, daß sie die Unterstützung an die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen abstrafen.

Hoch (SD): Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der Gefallenen ist eine so selbstverständliche Pflicht, daß wir uns allgemeiner wohlwollender Bemerkungen wohl enthalten können. In der Hauptsache kommt es auf die Taten an. Die Frage der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten muß im Verein mit den Gewerkschaften geregelt werden. Dauerhaft ist, daß eine endgültige Regelung der Frage der Entschädigung der Kriegsbeschädigten erst nach Beendigung des Krieges erfolgen soll. Die jetzigen Zustände sind unerträglich. Mitteln der im Kriege Gefallenen haben einen Anspruch darauf, daß ihre Erben wenigstens einigermaßen gehindert wird. Ein Unterschied zwischen denen, die noch arbeiten können, und den anderen ist praktisch undurchführbar. Ein solcher Unterschied wird ja auch nicht sonst bei der Hinterbliebenenversorgung, zum Beispiel der Pfarrerswitwen, gemacht. Es würde zu den größten Mißgriffen führen, wenn man eine solche Unterscheidung konstatieren wollte. Die Millionen zur Versorgung der Hinterbliebenen der in diesem Kriege Gefallenen muß das Deutsche Reich unbedingt aufbringen.

General v. Langemann: Die Verhandlungen der zuständigen Stellen über die Resolution sind noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe aber, daß das Haus mit ihrem Ergebnis zufrieden sein wird. Dem Vordränger gehe ich durchaus zu, daß die augenblickliche Lage der Kriegswitwen und -waisen aus den ärmsten Volksschichten eine schmerzliche ist. Ich wünsche, mir händen jährlich die Millionen zur Verfügung, deren es bedarf. Zurzeit stehen mir aber nur die ersparnisfähigen Fonds zur Verfügung, einige mir sonst ersparnisfähige zur Verfügung gestellte Fonds und die Rationierung.

Stöckel (ZD): Ich wünsche, daß den Hinterbliebenen der Gefallenen und den Kriegsbeschädigten gegenüber mit dem größten sozialen Verständnis vorgegangen werde. Die Kriegswohlfahrtsangelegenheiten müßte andererseits sichergestellt werden gegen Inzucht und Ausbeutung.

n. Winterfeld (N.) hält es gleichfalls für erforderlich, daß die vom Reichstag beschlossene zentrale Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle bald errichtet werde. Das die bisherigen Renten unzulänglich sind, muß ich leider zugeben.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag, sowie die Resolution mit dem Antrag Meyer-Hoford werden angenommen.

Rademacher Meyer-Hoford (M.) noch für die Kommission einen ausführlichen Bericht über den Postenat erstattet hat, wird die Beratung des Postenats auf Donnerstag 1 Uhr beginn. Außerdem Etat des Reichstages, der Reichsrentenkassen.

Sätze 7 Uhr.

### Aus dem Haushaltsauschuß des Reichstags.

Die Sitzung vom Dienstag wurde mit der Beratung über Fragen des auswärtigen Postens abgeschlossen.

Dann nahm der Ausschuß nach die Abstimmung über die zum Militärstatut gehörenden Anträge vor, nachdem die noch geschiedenen Redner auf das Wort der Ruhe hatten. Die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge fanden seit durchgängig Zustimmung. Die Beschlüsse wurden angenommen die Anträge, die hinsichtlich der Reform des militärischen Schwerevertrags; auf Berechtigung einer künftigen Ausdehnung der Briefposten; auf Heilmittelkosten für Verwundete und Kranke; auf Erhöhung der Löhne; auf Gewährung des zweiten Pauschalbes; auf Verleihung der Streife des Infanteriesoldaten. Von den Anträgen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurden 1, 2 angenommen der Antrag auf Verleihung von Höchstpreisen für die Kaufleute. Dagegen wurden abgelehnt der Antrag auf Erhöhung eines Ueberzahlungsbetrages für die Kriegsverwundeten und die Ermittelung in den heutigen Verhältnissen. Von den Anträgen, die von den bürgerlichen Parteien gestellt wurden, fanden Annehmer im Antrag auf Aufhebung der Beschränkung, daß zum Militär nur besonders werden kann, mit der Ermittelung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst vor; andere angenommene Anträge bezogen die Gewährung der Pensionen der im Kriege Verwundeten, vererbten Altersrenten; die anderweitige Regelung der Pensionen der im Kriege Verwundeten und der Pensionen der im Kriege Verwundeten. Eine Anzahl weiterer Anträge verlangten größere militärische Hilfe bei Krankentransporten, Entlassungen von der Bundeswehr.

### Die Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse im neuen Wirtschaftsjahr.

Ueber die Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse im neuen Wirtschaftsjahr wird von präsidenten Stelle folgende Mitteilung: Die im vergangenen mit dem noch vorhandenen alten Kartoffel-

bestand ganz außerordentlich hauszuhalten, und durch Rationierung so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Die Vorräte werden aller Voraussicht nach, bis zur Frühkartoffeln erhalten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß vielleicht auch noch in nächster Zeit mancher Ort über Kartoffelmangel zu klagen haben wird. Bei der Kartoffelversorgung hat niemals eine Vorratswirtschaft Platz greifen können im Gegensatz zum Getreide. Gegenüber der Reklamation im letzten Friedensjahre sind die Kriegsernten ganz erheblich zurückgegangen. Es fehlte an Dünger, und durch die ganz erheblich verringerte Qualität des Saatgutes ging die Ernte zurück. Dazu kam die Transportbeschwerden auf den Bahnen und auf dem Lande und schließlich auch noch der Leutenmangel. Für Seereszwecke wurden auch nicht unerhebliche Mengen an Kartoffeln gebraucht, ebenso für die Brotbackung. Trotz alledem werden wir, bis die Frühkartoffeln auf den Markt gebracht werden, ohne weitere einschränkende Maßnahmen reich. Es müßte aber nicht nur der Kartoffelkonsum der Städte, sondern auch der Landbewohner rationiert werden. Auch müßte in das Saatgut eingegriffen werden, denn zuerst kommt das Heute und dann erst das Morgen. Es ist aber besser, daß eine rationelle und richtige Bewirtschaftung einer kleinen Bodenschicht erfolgt, als eine unrationelle Draufloswirtschaft. Die Reichsstaroststelle hat mit der Saatgutbeschaffung nichts zu tun; das ist Sache der Landwirtschaftskammern und des Pflanzungsamtes in Berlin.

Aus allgemeinen volkswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Gründen waren wir gezwungen, die Kartoffeln dort zu lassen, wo sie gewachsen sind. Millionen von Zentnern wären sonst in der Frostperiode verloren gegangen. Die Transportbeschwerden betreffen auch noch immer und die Arbeitskräfte genügen kaum, um über die nötigen Frühjahrsbefestigungen hinwegzuführen. Es ist daher auch nicht möglich, jetzt alle Kräfte für die Heranzuführung der Kartoffeln zu verwenden, unter der die Frühjahrsbefestigung schwer leiden müßte.

Wir sind gezwungen, auch die Frühjahrskartoffeln in die Zwangsbewirtschaftung zu nehmen, und es muß an dem jetzt vorhandenen System der Kartoffelbewirtschaftung festgehalten werden. Der Handel soll bei dem Aufbringen der Kartoffeln in den Kommunalverbänden erheblich herangezogen werden. (Warum? Red.) Es würde sich überhaupt empfehlen, daß hierbei nur Händler als Sachverständige beteiligt werden. Das System der Höchstpreise muß ebenfalls beibehalten werden (nur müßten sie wesentlich herabgesetzt werden. Red.), da sonst die Kartoffelpreise unerschwinglich hoch steigen würden und mit dem Brotgetreidebau kämen wir in die schwierigste Lage. Es würden im Herbst wohl Kartoffeln geliefert, aber kein Getreide. Es ist nicht möglich, Reichsstaroststellen einzurichten, und es muß bei der bisherigen Bewirtschaftung bleiben, die die Möglichkeit bietet, auch über die Sommermonate bis zur neuen Kartoffelernte zu kommen.

Ueber die Versorgung mit Gemüse und Obst ist zu sagen, daß hierbei nicht eine solche Rationierung eingeführt werden kann, wie bei der Kartoffelversorgung. Obst und Gemüse kann nur auf dem Wege des Marktes und des Kleinhandels den Konsumenten zugeführt werden. Es muß daher in der Hauptsache der Handel reguliert werden. Die Reichsstelle für Obst und Gemüse hat in erster Linie ihr Augenmerk auf die Vermehrung des Gemüses gesetzt. Sie glaubte, dieses Ziel am besten zu erreichen, indem sie die Abnahme von Lieferungsverträgen förderte, durch welche die Landwirtschaft sich zur Lieferung von Gemüse an die Städte verpflichtete. Die Erfolge sind bereits ganz außerordentlich günstig gewesen. Der Gemüseverbrauch steigerte sich in den Kriegsjahren ganz erheblich, da der Fleischkonsum sank. Im Frieden entfielen an Fleischverbrauch in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 108 Pfund im Jahre. Damit hatte Deutschland England überflügelt und stand Amerika zur Seite. Jetzt ist unser Fleischkonsum auf ein Pfund in der Woche oder auf 52 Pfund im Jahre rationiert; auch wurde die Brotration herabgesetzt. Die Folge war, daß mehr Gemüse verlangt wird. Es muß daher mit allen Mitteln auf die Vermehrung der Gemüseproduktion hingewirkt werden. In Friedenszeiten wurden in Deutschland 102.000 Hektar mit Gemüse bestellt. Durch Lieferungsverträge sind bereits 26.120 Hektar für den Gemüsebau freigegeben, und eine weitere Anzahl Verträge sind in Vorbereitung, die die gleiche Anzahl Hektar Gemüseland umfassen. Nicht nur die Großstädte, sondern auch die kleineren Städte sind zu Lieferungsverträgen übergegangen.

Im allgemeinen bleibt die Versorgung mit Gemüse dem freien Handel überlassen. Da jedoch die Preise heutzutage nicht mehr dem Angebot und der Nachfrage überlassen werden können, so muß eine Preisregulierung eintreten. Es soll aber die Preisregulierung bereits beim Erzeuger einsetzen und bis zum Kleinhandeler fortgesetzt werden. Dabei soll auch der Handel auf seine Kosten kommen, ohne aber reich werden zu dürfen. (!)

Die Erzeugerpreise sollen von der Zentralstelle aus festgesetzt werden. Das Frischgemüse bleibt davon jedoch (leider! Red.) ausgeschlossen; denn, haben wir eine gute Ernte, dann werden die Preise für das Frischgemüse niedrig sein, andernfalls aber hoch. Die Preise für das spätere Gemüse und für das Obst aber werden festgelegt. In den einzelnen Bezirken werden Preiskommissionen gebildet. Grundgesetz ist, daß ein einmal festgesetzter Preis nicht geändert werden darf. Die Zentralstelle gibt die Richtlinien für die Preise, an die sich die Kommissionen mit der nötigen Freiheit halten sollen. Um eine genaue Kontrolle zu erhalten, sind Abhängigkeiten eingeführt worden. Die Kleinhandeler müssen über ihre Waren eine Bescheinigung haben, in der die Preisentwässerung angegeben ist. Bei der weiteren Kontrolle sollen die Hausfrauen in weitgehendem Maße mitwirken. Das Obst wird in drei Sorten eingeteilt: das Edelobst, das gute gepflückte Obst und das Normalobst. (Spezialist ist es dann nicht nur Edelobst! Red.) Es ist auch vorgesehen worden, daß im kommenden Winter auf den Kopf der Bevölkerung im Monat zwei Pfund Stobesobst gegeben werden können.

### Mehrstimmen für das Alter.

Im Tag" empfiehlt der Oberbürgermeister von Adl, Wall-247, als einzige zulässige Lösung von der Gleichheit des künftigen wahlrechtlichen Wahlrechts ein erhöhtes Stimmrecht für das Alter. Er schlägt vor, von allen sonstigen Ungleichheiten abzugehen, und nur den Wählern von 40 und mehr Jahren eine zweite Stimme zuzuerkennen. Die Rechte des Alters sei im großen und ganzen die Folge der Lebenserfahrung und damit des Alters; das Alter werde bei aber das gemeinschaftliche Schicksal aller Menschen. Man wird aber Waller wissen, daß im hohen Alter die Urteilsfähigkeit sich wieder vermindert, sei es, weil der Rentner oder Pensionär dem öffentlichen Leben nicht mehr das nötige Interesse entgegenbringt, sei es, weil die physische Kraft nachläßt. Soll das Greis die Mehrstimme wieder entgegen werden? Aber was noch wichtiger ist: die Arbeiter errögen ein bedeutend geringeres Alter als die Rentner. Das deutet Herr Waller selbst an, meint aber, daß dies weitgehend werden dadurch, daß gerade dieser Stand politisch besonders geschult ist und daß seine zuge Beteiligung am Wahlgeschäft ihm einen weitgehenden Einfluß haben. — Es steht der andere „Stand“ ja frei, es ebenfalls zuge zu beteiligen, jedenfalls aber erheben wir Einwände dagegen, daß die unerschütterliche höhere politische Einsicht, Erfahrung und Regierart der Arbeiter zum Kaufteil gereichen soll. Rechnen wir für das Alter bedeuten eine Begünstigung der gesamten bürgerlichen Parteien, in deren die durch höhere Umstände wirtschaftlicher und sozialer Art bevorzugten und damit ein höheres Alter errögenden Wähler sich sammeln; sie bedeuten natürlich insbesondere auch eine Begünstigung der konservativen Parteien. Wer ein gereiftes politisches Urteil hat, kann auf Grund dessen einen erhöhten politischen Einfluß auf seine Umgebung ausüben, sei es als Erzieher, sei es als Fernstudienkollege, sei es als öffentlicher Mitarbeiter. Einen anderen Einfluß als diesen kann dem an Wissen und Erfahrung die andere überlegene Wählung nicht zugeordnet werden. Der Vorschlag des Herr Wallers ist deshalb als dilettantisch anzusehen.